

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen

2013	Ausgegeben zu Wiesbaden am 2. Dezember 2013	Nr. 26
Tag	Inhalt	Seite
20. 11. 13	Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften <i>FFN 323-157, 323-158; ändert FFN 323-150, 323-142, 323-153; hebt auf FFN 323-134; ändert FFN 323-153, 323-154; FFN 323-159; ändert FFN 323-159; FFN 41-42; ändert FFN 320-198, 320-199, 323-135; FFN 323-160; ändert FFN 22-5, 20-16, 323-134</i>	578
20. 11. 13	Drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes <i>Ändert FFN 312-12</i>	632
20. 11. 13	Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes <i>Ändert FFN 350-87</i>	635
20. 11. 13	Gesetz über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (Patientenmobilitätsgesetz) <i>FFN 351-90</i>	638
12. 11. 13	Zehnte Verordnung zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung befristeter Rechtsvorschriften <i>Ändert FFN 236-3, 310-94, 323-128, 34-35, 61-47, 63-9</i>	640
7. 11. 13	Verordnung über die Vergütung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher (Gerichtsvollzieher-Vergütungsverordnung – GVVergV) <i>FFN 323-156; hebt auf FFN 323-123</i>	645

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 und
zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Vom 20. November 2013

Artikel 1¹⁾

**Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013
(HBVAnpG 2013)**

§ 1

Anpassung der Besoldung

(1) Zum 1. Januar 2013 werden die am 31. Dezember 2012 geltenden Beträge der Anwärtergrundbeträge um 50 Euro erhöht.

(2) Zum 1. Juli 2013 werden die am 30. Juni 2013 geltenden Beträge der Besoldung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter im Anwendungsbereich des Hessischen Beamtengesetzes wie folgt erhöht:

1. um 2,6 Prozent:
 - a) die Grundgehaltssätze,
 - b) der Familienzuschlag,
 - c) die Amtszulagen,
 - d) die allgemeine Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 27 der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
 - e) die Grundgehaltssätze
 - aa) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - bb) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 - cc) in den fortgeltenden Zwischenbesoldungsgruppen der Hessischen Besoldungsordnung A,
 - f) die sich aus dem Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte vom 4. März 1970 (GVBl. I S. 201), geändert durch Gesetz vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), ergebenden Bezügebestandteile,
 - g) die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach den fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - h) die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nr. 1

und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 2b der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung,

- i) die Beträge der Amtszulagen nach Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 590),
 - j) die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
2. um 2,21 Prozent der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag.
- (3) Die Höhe der Besoldung nach Abs. 1 und 2 ergibt sich aus den Anlagen 1 bis 7b.

§ 2

Anpassung der Versorgung

(1) Bei den versorgungsberechtigten Personen im Anwendungsbereich des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 28. Januar 2011 (GVBl. I S. 98) gelten ab 1. Juli 2013 die Erhöhungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 für die dort genannten Bezügebestandteile entsprechend, sofern sie Grundlage der Versorgung sind. Die Erhöhung nach Satz 1 gilt entsprechend für andere versorgungswirksame Bezügebestandteile, soweit für diese die Teilnahme an den regelmäßigen Bezügeanpassungen nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist.

(2) Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden ab 1. Juli 2013 um 2,5 Prozent erhöht.

(3) Bei versorgungsberechtigten Personen, deren Versorgungsbezüge ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. Juli 2013 um 54,74 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz in der am 31. August 2006 geltenden Fassung bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

Anlagen 1–7b

¹⁾ FFN 323-157

§ 3

Mitglieder der
hessischen Landesregierung

§ 1 Abs. 2 und § 2 gelten entsprechend für die Mitglieder und die ehemaligen Mitglieder der hessischen Landesregierung und ihre Hinterbliebenen.

§ 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. März 2014 außer Kraft. Abweichend von Satz 2 tritt § 1 Abs. 1 mit Ablauf des 31. Dezember 2013 außer Kraft.

Artikel 2²⁾

**Hessisches Besoldungs- und
Versorgungsanpassungsgesetz 2014
(HBVAnpG 2014)**

§ 1

Anpassung der Anwärtergrundbeträge

(1) Zum 1. Januar 2014 werden die sich aus § 1 Abs. 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2013 vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578) ergebenden Anwärtergrundbeträge um 2,8 Prozent erhöht.

(2) Die Höhe der Besoldung ergibt sich aus Anlage 8.

Anlage 8

§ 2

Anpassung der Versorgung

(1) Bei den versorgungsberechtigten Personen im Anwendungsbereich des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312) gelten ab 1. April 2014 die Erhöhungen nach § 16 Abs. 2 und § 75 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. 218, 256, 508) in der am 1. April 2014 geltenden Fassung für die dort genannten Bezügebestandteile entsprechend, sofern sie Grundlage der Versorgung sind. Die Erhöhung nach Satz 1 gilt entsprechend für andere versorgungswirksame Bezügebestandteile, soweit für diese die Teilnahme an den regelmäßigen Bezügeanpassungen nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist.

(2) Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden ab 1. April 2014 um 2,5 Prozent erhöht.

§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2018 außer Kraft.

Artikel 3³⁾

**Änderung des Hessischen Professoren-
besoldungsgesetzes zum 1. Juli 2013**

Die Anlage II des Hessischen Professorenbesoldungsgesetzes vom 12. Dezember 2012 (GVBl. S. 647) erhält für die Zeit vom 1. Juli 2013 bis 28. Februar 2014 die aus Anhang 1 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Anhang 1

Artikel 4⁴⁾

**Änderung des Gesetzes zur Ersetzung
von Bundesrecht auf dem Gebiet
der Besoldung**

§ 4 des Gesetzes zur Ersetzung von Bundesrecht auf dem Gebiet der Besoldung vom 6. Juni 2007 (GVBl. I S. 302), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 Nr. 4 wird die Angabe „7,65“ durch „11“ ersetzt.

2. Folgender Satz wird angefügt:

„Die Zulage erhalten unter den gleichen Voraussetzungen auch Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte im Beamtenverhältnis auf Widerruf, die Vorbereitungsdienst leisten.“

Artikel 5⁵⁾

**Änderung des Hessischen
Besoldungsgesetzes für das Jahr 2014**

Das Hessische Besoldungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508) wird wie folgt geändert:

1. In § 70 Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „31. März 2014“ durch „28. Februar 2014“ ersetzt.

2. § 72 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 1 wird die Angabe „§ 2 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2011/2012 sowie zur Änderung des Hessischen Sonderzahlungsgesetzes vom 6. Oktober 2011 (GVBl. I S. 530)“ durch „§ 1 Abs. 2 Nr. 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2013 vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578)“ ersetzt.

b) In Nr. 2 wird die Angabe „geändert durch Gesetz vom 27. September 2012 (GVBl. S. 290)“ durch „zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578)“ ersetzt.

²⁾ FFN 323-158

³⁾ Ändert FFN 323-150

⁴⁾ Ändert FFN 323-142

⁵⁾ Ändert FFN 323-153

3. § 73 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 6 wird wie folgt gefasst:

„6. die Verordnung über die Gewährung von Zulagen für Ausbildungsbeauftragte an Studienseminaren für Lehrkräfte und für die an der Evaluierung der Erprobung des Praxissemesters beteiligten Lehrkräfte vom 17. Juni 2003 (GVBl. I S. 186)⁶⁾, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578)“.

b) In Nr. 7 wird die Angabe „geändert durch Gesetz vom 27. September 2012 (GVBl. S. 290)“ durch „zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578)“ ersetzt.

c) In Nr. 10 werden nach der Angabe „²¹⁾“ ein Komma und die Angabe „zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578)“ eingefügt.

4. Anlage I wird wie folgt geändert:

a) Die Vorbemerkungen werden wie folgt geändert:

aa) Der Nr. 11 wird als Abs. 5 angefügt:

„(5) Schulische Lehrkräfte erhalten für die Dauer einer Beteiligung an der Evaluierung der Erprobung eines Praxissemesters eine Stellenzulage nach Anlage VII.“

bb) Nr. 13 Abs. 1 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

„3. in der Besoldungsgruppe A 13 im höheren Dienst der eingerichteten Laufbahnfachrichtungen, denen als Eingangsamts die Besoldungsgruppe A 13 zugewiesen ist.“

b) In der Besoldungsordnung A wird die Besoldungsgruppe A 6 wie folgt geändert:

aa) Nach den Wörtern „Erste Justizhauptwachtmeisterin“ und „Erster Justizhauptmeister“ wird jeweils die Angabe „¹⁾“ gestrichen, nach den Wörtern „Hauptwartin“, „Hauptwart“, „Oberamtsmeisterin“, „Oberamtsmeister“, „Sattelmeisterin“ und „Sattelmeister“ wird die Angabe „²⁾“ jeweils durch „¹⁾“ ersetzt und nach den Wörtern „Sekretärin“, „Sekretär“, „Werkmeisterin“ und „Werkmeister“ wird die Angabe „³⁾“ durch „²⁾“ ersetzt.

bb) Die Fußnote 1 wird aufgehoben.

cc) Die bisherigen Fußnoten 2 und 3 werden die Fußnoten 1 und 2.

c) Der Anhang zu den Hessischen Besoldungsordnungen Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen erhält die aus Anhang 2 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Anhang 2

5. In Anlage III wird der Zweite Teil wie folgt geändert:

a) Die Besoldungsgruppe R 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach dem Wort „Staatsanwältin“ werden die Wörter „– als Gruppenleiterin bei einer Staatsanwaltschaft“ und nach dem Wort „Staatsanwalt“ werden die Wörter „– als Gruppenleiter bei einer Staatsanwaltschaft“ eingefügt.

bb) In der Fußnote 2 werden die Wörter „bei einem Landgericht“ gestrichen.

b) Die Besoldungsgruppe R 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach den Wörtern „Oberstaatsanwältin – als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft“ und „Oberstaatsanwalt – als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft“ wird jeweils die Angabe „⁸⁾“ gestrichen.

bb) Nach den Wörtern „Oberstaatsanwältin – als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft“ wird die Angabe „– als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft und als ständige Vertreterin einer Leitenden Oberstaatsanwältin oder eines Leitenden Oberstaatsanwalts⁸⁾“ und nach den Wörtern „Oberstaatsanwalt – als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft“ die Angabe „– als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft und als ständiger Vertreter einer Leitenden Oberstaatsanwältin oder eines Leitenden Oberstaatsanwalts⁸⁾“ eingefügt.

c) Die Besoldungsgruppe R 3 wird wie folgt geändert:

aa) Nach dem Wort „Oberstaatsanwältin“ werden die Wörter „– als ständige Vertreterin einer Leitenden Oberstaatsanwältin oder eines Leitenden Oberstaatsanwalts“ und nach dem Wort „Oberstaatsanwalt“ werden die Wörter „– als ständiger Vertreter einer Leitenden Oberstaatsanwältin oder eines Leitenden Oberstaatsanwalts“ eingefügt.

bb) In der Fußnote 4 wird nach der Angabe „R 5“ die Angabe „oder R 6“ eingefügt.

⁶⁾ Hebt auf FFN 323-134

Anhänge 3–7

6. Die Anlagen IV bis VIII erhalten die aus den Anhängen 3 bis 7 ersichtliche Fassung.

Artikel 6⁷⁾**Weitere Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes für das Jahr 2014**

Das Hessische Besoldungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508), zuletzt geändert durch Art. 5, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe „§ 75 Inkrafttreten, Außerkrafttreten“ durch die Angaben „§ 75 Anpassung von Bezügen nach geltendem Recht“ und „§ 76 Inkrafttreten, Außerkrafttreten“ ersetzt.

2. § 16 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1.
b) Als Abs. 2 bis 3 werden angefügt:
- „(2) Ab 1. April 2014 erhöhen sich um 2,6 Prozent
1. die Grundgehaltssätze,
 2. der Familienzuschlag,
 3. die Amtszulagen,
 4. die allgemeine Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 13 der Anlage I

sowie in den Fällen des § 71 die Monatsbeträge der Anlage 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 346, 508), geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 581) und (S. 582).

(3) Die Anlagen IV bis VIII erhalten die aus den Anhängen 8 bis 12 ersichtliche Fassung.“

3. Nach § 74 wird als neuer § 75 eingefügt:

„§ 75

Anpassung von Bezügen nach geltendem Recht

Die Anpassung nach § 16 Abs. 2 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze
 - a) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 - b) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
2. die Amtszulagen in Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
3. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach den fortgeltenden Besol-

dungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,

4. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nr. 1 und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 2b der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung,
 5. die Beträge der Amtszulagen nach Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 590).“
4. Der bisherige § 75 wird § 76.

Artikel 7⁸⁾**Änderung des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes für das Jahr 2014**

Das Hessische Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 346, 508) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 werden die Wörter „Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter“ durch „Beamtinnen und Beamte“ ersetzt und wird jeweils die Angabe „A, B und R“ durch die Angabe „A und B“ ersetzt.
b) In Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 werden die Wörter „Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter“ jeweils durch „Beamtinnen und Beamten“ ersetzt.
c) Als Abs. 5 wird angefügt:

„(5) Richterinnen und Richter, deren Ämter am 30. Juni 2013 in der Besoldungsordnung R des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung ausgebracht sind, werden am 1. Juli 2013 in die ihren bisherigen Ämtern entsprechenden Ämter und Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R des Hessischen Besoldungsgesetzes übergeleitet. Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.“

2. Dem § 6 wird als Abs. 6 angefügt:

„(6) Versorgungsberechtigte Personen mit einer Überleitungsstufe nach § 3 werden nach entsprechender Anwendung des Abs. 1 Satz 4 und 5 einer Stufe des Grundgehalts der Anlage IV

⁷⁾ Ändert FFN 323-153

⁸⁾ Ändert FFN 323-154

Anhänge 8–12

des Hessischen Besoldungsgesetzes zugeordnet.“

3. In § 8 Nr. 3 wird die Angabe „§ 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. j und § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2011/2012 vom 6. Oktober 2011 (GVBl. I S. 530)“ durch „§ 1 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. i des Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2013 vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578)“ ersetzt.

4. § 9 wird wie folgt geändert:

Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Abweichend von Satz 1 tritt § 2 Abs. 5 mit Wirkung vom 1. Juli 2013 in Kraft.“

5. Die Anlage 1 zu § 3 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes erhält die aus Anhang 13 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung. Die Anlagen 2, 3 und 5 zu § 6 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes erhalten die aus den Anhängen 14 bis 16 ersichtliche Fassung.

Artikel 8⁹⁾

Weitere Änderung des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes für das Jahr 2014

Das Hessische Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 346, 508), zuletzt geändert durch Art. 7, wird wie folgt geändert:

1. In § 8 Nr. 3 wird die Angabe „§ 1 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. i des Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578)“ durch „§ 75 Nr. 5 des Hessischen Besoldungsgesetzes“ ersetzt.
2. Die Anlage 1 zu § 3 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes erhält die aus Anhang 17 ersichtliche Fassung.

Artikel 9¹⁰⁾

Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte für das Jahr 2014

Die Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, die nach § 72 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508), zuletzt geändert durch

Art. 5 und 6, als Landesrecht fortgilt, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Hessische Verordnung über die Gewährung einer Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte (Hessische Mehrarbeitsvergütungsverordnung – HMVergV)“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 wird die Angabe „9,96“ durch „11,43“, die Angabe „11,77“ durch „13,49“, die Angabe „16,15“ durch „18,53“ und die Angabe „22,27“ durch „25,55“ ersetzt.
- b) In Abs. 3 wird die Angabe „15,03“ durch „17,24“, die Angabe „18,62“ durch „21,37“, die Angabe „22,11“ durch „25,36“ und die Angabe „25,83“ durch „29,63“ ersetzt.

Artikel 10¹¹⁾

Weitere Änderung der Hessischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung für das Jahr 2014

§ 4 der Hessischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung, zuletzt geändert durch Art. 9, wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 1 wird die Angabe „11,43“ durch „11,73“, die Angabe „13,49“ durch „13,84“, die Angabe „18,53“ durch „19,01“ und die Angabe „25,55“ durch „26,21“ ersetzt.
2. In Abs. 3 wird die Angabe „17,24“ durch „17,69“, die Angabe „21,37“ durch „21,93“, die Angabe „25,36“ durch „26,02“ und die Angabe „29,63“ durch „30,40“ ersetzt.

Artikel 11¹²⁾

Gesetz zur Deckung und Finanzierung der Mehrausgaben 2013/2014

§ 1

Deckung und Finanzierung

(1) Die durch Art. 1 bis 3 und 5 bis 10 des Hessischen Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578) und durch die Abschlüsse im Tarifbereich bedingten Mehrausgaben von bis zu 3,4 Millionen Euro in 2013 und bis zu 139,9 Millionen Euro in 2014 dürfen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen geleistet werden. § 2 des Haushaltsgesetzes 2013/2014 vom 14. Dezember 2012 (GVBl. S. 631) findet insoweit keine Anwendung.

(2) Die Mehrausgaben in 2013 werden durch Einsparungen bei den Zinsen (Kap. 17 01 – 575 01) gedeckt. Die Mehrausga-

Anhang 13

Anhänge 14–16

Anhang 17

⁹⁾ Ändert FFN 323-154

¹⁰⁾ FFN 323-159

¹¹⁾ Ändert FFN 323-159

¹²⁾ FFN 41-42

ben in 2014 werden gedeckt durch Einsparungen bei

1. den Zinsen (Kap. 17 01 - 575 01) in Höhe von 90,9 Millionen Euro,
2. den Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms (Kap. 17 01 – 623 01) in Höhe von 35 Millionen Euro sowie
3. den Staatlichen Hochbaumaßnahmen (Epl. 18) in Höhe von 14 Millionen Euro.

(3) Durch Art. 4 dieses Gesetzes bedingte Mehrausgaben werden im Rahmen der veranschlagten Ausgaben gedeckt.

§ 2

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2018 außer Kraft.

Artikel 12¹³⁾

Änderung des Hessischen Beamtengesetzes

Das Hessische Beamtengesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 508) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 16 wird als Abs. 3 angefügt:

„(3) Das Hessische Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz vom 12. Dezember 2012 (GVBl. S. 581) findet keine Anwendung.“
2. In § 23 Abs. 3 Satz 3 werden die Wörter „der Ministerin oder dem Minister“ durch „dem Ministerium“ ersetzt.

Artikel 13¹⁴⁾

Änderung des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes zum 1. März 2014

Das Hessische Beamtenversorgungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312) wird wie folgt geändert:

1. § 13 Abs. 9 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter „der Kann-Vorschriften“ gestrichen.
 - b) In Satz 2 werden die Wörter „nach den Kann-Vorschriften“ gestrichen.
2. In § 14 Abs. 6 Satz 2 werden nach der Angabe „Halbsatz 2 und 3“ ein Semikolon und die Angabe „die Begrenzung auf das 17. Lebensjahr ist nicht anzuwenden und die Berücksichtigung der Schalltage bestimmt sich nach Abs. 1 Satz 3 bis 5“ eingefügt.
3. § 56 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „80“ durch „82,08“ und die Angabe „85“ durch „87,21“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird das Wort „fünf“ durch die Angabe „5,13“ und das

Wort „zehn“ durch die Angabe „10,26“ ersetzt.

- c) In Satz 3 wird die Angabe „50“ durch „51“ ersetzt.
 - d) In Satz 4 wird das Wort „anteilige“ durch „einzelne“ ersetzt.
4. In § 59 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b wird die Angabe „Abs. 6“ durch „Abs. 5“ ersetzt.

Artikel 14¹⁵⁾

Weitere Änderung des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes zum 1. April 2014

§ 56 Abs. 4 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312), zuletzt geändert durch Art. 13, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 wird die Angabe „82,08“ durch „84,21“ und die Angabe „87,21“ durch „89,48“ ersetzt.
2. In Satz 2 wird die Angabe „5,13“ durch „5,26“ und die Angabe „10,26“ durch „10,53“ ersetzt.
3. In Satz 3 wird die Angabe „51“ durch „52“ ersetzt.

Artikel 15¹⁶⁾

Änderung des Hessischen Sonderzahlungsgesetzes

Das Hessische Sonderzahlungsgesetz vom 22. Oktober 2003 (GVBl. I S. 280), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218), wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 1 wird das Wort „Vollstreckungsvergütung“ durch „Vergütung“ ersetzt.
2. In Nr. 6 wird nach den Wörtern „ausgenommen sind Zuschläge nach“ die Angabe „§ 15 Abs. 3 und“ eingefügt.

Artikel 16¹⁷⁾

Änderung des Zweiten Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes

Art. 32 Satz 2 des Zweiten Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218) wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 1 wird die Angabe „Abs. 1 und 2“ nach „Art. 1 § 23“ gestrichen.
2. In Nr. 4 wird nach der Angabe „§§ 52 und 53 Abs. 1“ die Angabe „und Art. 27 Nr. 2“ eingefügt.

¹³⁾ Ändert FFN 320-198

¹⁴⁾ Ändert FFN 320-199

¹⁵⁾ Ändert FFN 320-199

¹⁶⁾ Ändert FFN 323-135

¹⁷⁾ FFN 323-160

Artikel 17¹⁸⁾**Änderung des Hessischen
Richtergesetzes**

In § 7a Abs. 6 Satz 3 des Hessischen Richtergesetzes in der Fassung vom 11. März 1991 (GVBl. I S. 54), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218), wird die Angabe „§§ 7 und 8 der Hessischen Elternzeitverordnung vom 7. März 2007 (GVBl. I S. 238), geändert durch Gesetz vom 5. März 2009 (GVBl. I S. 95)“ durch „§ 10 der Hessischen Mutterschutz- und Elternzeitverordnung vom 8. Dezember 2011 (GVBl. I S. 758, 2012 S. 10, 340), geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218)“ ersetzt.

Artikel 18¹⁹⁾**Änderung der Verordnung über die
Dienst- und Geschäftsverhältnisse der
Gerichtsvollzieher**

In § 1 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über die Dienst- und Geschäftsverhältnisse der Gerichtsvollzieher vom 23. Juli 1981 (GVBl. I S. 245), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. November 2012 (GVBl. S. 410), wird nach dem Wort „Bürokostenentschädigung“ die Angabe „oder der Gerichtsvollziehervergütung nach § 52 Abs. 5 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578)“ eingefügt.

Artikel 19²⁰⁾**Änderung der Verordnung über die
Gewährung von Zulagen für
Ausbildungsbeauftragte an Studien-
seminaren für Lehrkräfte und für die an
der Evaluierung der Erprobung des
Praxissemesters beteiligten Lehrkräfte**

In § 2 Satz 2 der Verordnung über die Gewährung von Zulagen für Ausbildungsbeauftragte an Studienseminaren für Lehrkräfte und für die an der Evaluierung der Erprobung des Praxissemesters beteiligten Lehrkräfte vom 17. Juni 2003 (GVBl. I S. 186), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 450), wird die Angabe „2013“ durch „2014“ ersetzt.

Artikel 20**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten

1. Art. 4, 11, 15 Nr. 1 und Art. 18 mit Wirkung vom 1. Januar 2013,
2. Art. 5 Nr. 1 bis 4 und 6, Art. 7 Nr. 2 und 5, Art. 9, 12 Nr. 1, Art. 13, 15 Nr. 2 und Art. 17 am 1. März 2014,
3. Art. 6, 8, 10 und 14 am 1. April 2014
in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet

Wiesbaden, den 20. November 2013

Der Hessische Ministerpräsident
Bouffier

Der Hessische Minister
des Innern und für Sport
Rhein

¹⁸⁾ Ändert FFN 22-5

¹⁹⁾ Ändert FFN 20-16

²⁰⁾ Ändert FFN 323-134

2. Besoldungsordnung B

Gültig ab 1. Juli 2013

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	5 637,45
B 2	6 558,18
B 3	6 947,95
B 4	7 356,19
B 5	7 824,58
B 6	8 266,86
B 7	8 697,11
B 8	9 145,54
B 9	9 702,33
B 10	11 431,32
B 11	11 876,98

3. Besoldungsordnung R

Gültig ab 1. Juli 2013

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3 549,18	3 711,80	3 797,42	4 018,27	4 239,11	4 459,96	4 680,80	4 901,65	5 122,48	5 343,34	5 564,17	5 785,04
R 2			4 326,08	4 546,91	4 767,76	4 988,61	5 209,46	5 430,29	5 651,17	5 871,98	6 092,85	6 313,66

R 3	6 947,95
R 4	7 356,19
R 5	7 824,58
R 6	8 266,86
R 7	8 697,11
R 8	9 145,54
R 9	9 702,33
R 10	11 924,24

Familienzuschlag

Gültig ab 1. Juli 2013

(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG*)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG*)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	115,00	218,30
übrige Besoldungsgruppen	120,78	224,08

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 103,30 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 321,87 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,86 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je	29,32 Euro
in der Besoldungsgruppe A 4 um je	23,45 Euro
in der Besoldungsgruppe A 5 um je	17,60 Euro

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage 3a

Gültig ab 1. Juli 2013

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG*)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	986,53	1 164,29	1 344,42	1 523,37	1 703,49	1 883,62	2 061,37	2 242,68	2 419,25	2 599,96	2 779,50	2 957,83
A 9	1 160,11	1 352,78	1 544,22	1 736,86	1 930,73	2 122,81	2 315,47	2 508,69	2 700,76	2 893,42	3 085,48	3 278,14
A 10	1 309,23	1 511,41	1 710,65	1 911,06	2 110,86	2 311,88	2 511,68	2 711,50	2 910,70	3 110,52	3 311,52	3 511,36
A 11	1 425,54	1 635,49	1 843,63	2 052,43	2 261,16	2 469,34	2 678,71	2 887,43	3 096,79	3 304,98	3 513,73	3 721,92
A 12	1 587,19	1 808,47	2 029,14	2 251,04	2 471,71	2 694,19	2 914,89	3 136,76	3 357,47	3 579,34	3 801,21	4 022,51
A 13 und C 1	1 745,24	1 976,08	2 205,10	2 435,35	2 664,97	2 895,22	3 125,46	3 355,08	3 585,92	3 814,93	4 045,78	4 275,40
A 14	1 906,29	2 144,25	2 382,25	2 620,85	2 858,82	3 097,40	3 335,41	3 572,78	3 810,77	4 049,35	4 286,74	4 524,13
A 15, C 2 und R 1	2 129,96	2 387,03	2 644,11	2 901,16	3 158,25	3 415,91	3 672,40	3 930,65	4 187,73	4 445,41	4 702,49	4 959,56
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2 250,42	2 520,62	2 790,82	3 060,43	3 331,81	3 600,82	3 871,02	4 141,22	4 411,41	4 682,20	4 951,79	5 221,41
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2 250,42	2 530,19	2 812,89	3 095,62	3 378,35	3 662,25	3 944,97	4 228,29	4 511,01	4 794,33	5 077,06	5 359,78
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 478,30	2 792,01	3 105,76	3 418,92	3 732,64	4 046,36	4 359,51	4 672,66	4 986,99	5 299,53	5 612,67	5 927,62
B 8 und höher	2 654,85	3 009,12	3 362,25	3 716,53	4 070,24	4 424,53	4 779,42	5 133,13	5 487,43	5 841,12	6 195,41	6 549,12

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Anlage 3b

Gültig ab 1. Juli 2013

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG*)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	839,22	990,11	1 142,20	1 294,91	1 448,82	1 600,91	1 752,39	1 905,69	2 056,58	2 210,45	2 362,57	2 514,06
A 9	985,34	1 149,96	1 312,21	1 476,25	1 642,04	1 804,87	1 968,90	2 132,93	2 295,77	2 459,79	2 622,63	2 785,47
A 10	1 112,99	1 285,37	1 454,75	1 624,75	1 795,35	1 964,74	2 135,32	2 305,32	2 473,50	2 644,11	2 815,30	2 984,68
A 11	1 212,02	1 389,74	1 566,90	1 744,65	1 922,39	2 100,14	2 277,27	2 455,02	2 631,58	2 808,72	2 987,08	3 163,03
A 12	1 348,00	1 537,10	1 724,95	1 912,83	2 101,93	2 289,80	2 477,10	2 665,58	2 854,63	3 042,53	3 231,02	3 418,92
A 13 und C 1	1 483,98	1 679,62	1 874,05	2 070,30	2 265,35	2 460,99	2 656,62	2 851,67	3 048,51	3 242,94	3 438,59	3 634,22
A 14	1 620,58	1 822,78	2 024,37	2 228,38	2 429,98	2 632,17	2 833,78	3 036,59	3 239,37	3 441,54	3 643,76	3 845,37
A 15, C 2 und R 1	1 810,26	2 028,54	2 246,86	2 466,37	2 685,85	2 902,96	3 121,27	3 341,36	3 560,28	3 778,55	3 996,86	4 216,37
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 912,25	2 141,88	2 371,52	2 601,77	2 830,80	3 060,43	3 290,65	3 519,70	3 749,95	3 980,77	4 209,21	4 438,84
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 912,25	2 150,84	2 391,22	2 631,58	2 871,35	3 112,34	3 353,29	3 593,64	3 834,05	4 074,40	4 314,78	4 555,17
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 107,28	2 372,70	2 639,32	2 905,93	3 172,57	3 439,18	3 705,79	3 972,42	4 238,42	4 505,65	4 771,05	5 038,29
B 8 und höher, R 8 und höher	2 256,41	2 557,63	2 858,82	3 159,43	3 461,24	3 760,68	4 061,90	4 362,51	4 663,71	4 964,32	5 265,53	5 566,76

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Anlage 3c

Gültig ab 1. Juli 2013

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG*)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	691,29	814,77	941,80	1 066,47	1 192,90	1 318,18	1 443,43	1 569,86	1 693,94	1 820,38	1 945,65	2 070,91
A 9	811,80	945,97	1 080,77	1 214,98	1 352,17	1 486,37	1 621,18	1 755,99	1 890,77	2 024,37	2 159,79	2 294,58
A 10	917,36	1 058,11	1 197,68	1 338,45	1 478,02	1 618,80	1 758,36	1 897,93	2 038,71	2 177,67	2 317,24	2 458,59
A 11	998,47	1 144,02	1 290,75	1 436,87	1 583,58	1 728,53	1 874,67	2 020,79	2 167,52	2 312,48	2 459,79	2 605,32
A 12	1 110,62	1 265,67	1 420,17	1 576,43	1 730,30	1 885,40	2 041,07	2 194,95	2 350,04	2 505,72	2 660,79	2 816,47
A 13 und C 1	1 221,55	1 382,59	1 543,03	1 704,09	1 865,72	2 026,16	2 187,21	2 348,26	2 509,90	2 670,33	2 831,98	2 992,44
A 14	1 334,86	1 501,29	1 667,10	1 833,50	2 001,72	2 168,14	2 334,54	2 500,96	2 667,35	2 833,78	3 000,20	3 167,20
A 15, C 2 und R 1	1 490,55	1 670,09	1 850,82	2 031,55	2 211,08	2 391,79	2 571,35	2 751,48	2 931,62	3 111,73	3 291,85	3 471,40
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 575,25	1 764,32	1 952,80	2 141,88	2 332,17	2 521,23	2 709,11	2 898,79	3 087,88	3 278,14	3 466,61	3 655,11
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 575,25	1 770,28	1 968,90	2 166,92	2 364,96	2 564,16	2 761,01	2 958,43	3 157,06	3 355,69	3 553,10	3 751,73
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 735,11	1 954,01	2 174,09	2 393,59	2 612,49	2 831,98	3 052,07	3 270,98	3 491,08	3 709,37	3 929,48	4 149,56
B 8 und höher, R 8 und höher	1 857,95	2 106,10	2 353,63	2 601,77	2 849,89	3 098,01	3 345,54	3 593,64	3 840,60	4 088,74	4 336,84	4 584,37

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Anlage 3d

Gültig ab 1. Juli 2013

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG*)

> Unterkunft und Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	483,73	570,82	658,51	746,77	835,04	922,73	1 009,81	1 099,26	1 185,18	1 274,63	1 361,70	1 449,98
A 9	567,83	662,07	756,32	850,55	945,97	1 040,22	1 135,06	1 229,31	1 322,94	1 417,18	1 512,62	1 605,08
A 10	642,38	740,79	838,64	936,45	1 034,87	1 133,26	1 231,69	1 329,51	1 426,74	1 523,95	1 622,35	1 720,19
A 11	697,84	801,65	903,04	1 005,64	1 107,64	1 210,20	1 312,21	1 414,80	1 517,39	1 619,38	1 721,39	1 823,38
A 12	777,18	885,75	995,48	1 102,86	1 211,39	1 319,36	1 428,51	1 537,10	1 645,62	1 753,60	1 862,12	1 970,71
A 13 und C 1	854,72	967,46	1 080,19	1 193,53	1 305,65	1 418,40	1 531,72	1 644,45	1 757,17	1 869,89	1 982,63	2 095,37
A 14	934,64	1 050,95	1 167,27	1 284,77	1 401,07	1 517,99	1 634,29	1 750,61	1 866,92	1 983,82	2 100,73	2 217,03
A 15, C 2 und R 1	1 043,80	1 169,64	1 295,50	1 421,37	1 547,20	1 672,46	1 800,12	1 926,58	2 051,81	2 178,28	2 304,11	2 430,54
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 102,86	1 235,26	1 367,08	1 498,89	1 632,52	1 764,32	1 896,74	2 029,14	2 162,16	2 294,58	2 426,38	2 558,20
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 102,86	1 239,43	1 378,42	1 517,39	1 655,17	1 793,55	1 933,73	2 071,49	2 210,45	2 348,26	2 488,43	2 626,82
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 214,40	1 367,69	1 521,58	1 675,46	1 828,74	1 982,63	2 136,52	2 289,80	2 443,69	2 596,97	2 750,87	2 903,56
B 8 und höher B 8 und höher in der am 31. August 2006 geltenden Fassung	1 300,87	1 473,85	1 648,02	1 820,97	1 994,56	2 168,14	2 341,70	2 514,68	2 689,45	2 861,81	3 035,38	3 209,56

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Anlage 3e

Gültig ab 1. Juli 2013

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG*)

> Unterkunft oder Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	587,52	692,49	800,44	906,02	1 013,38	1 120,16	1 227,52	1 334,86	1 439,86	1 547,20	1 653,38	1 760,73
A 9	690,10	804,61	919,12	1 033,67	1 149,37	1 262,71	1 378,42	1 492,34	1 606,85	1 721,39	1 835,31	1 949,83
A 10	778,96	898,87	1 017,55	1 137,43	1 256,15	1 376,03	1 494,15	1 613,42	1 731,51	1 850,82	1 970,71	2 089,41
A 11	848,16	972,81	1 097,49	1 221,55	1 345,01	1 469,08	1 594,32	1 717,79	1 842,47	1 966,53	2 090,60	2 214,66
A 12	944,20	1 076,02	1 207,84	1 339,06	1 470,25	1 602,08	1 734,50	1 865,72	1 998,73	2 129,96	2 261,16	2 393,59
A 13 und C 1	1 038,44	1 175,63	1 311,61	1 449,40	1 585,98	1 721,96	1 859,16	1 996,34	2 133,52	2 270,11	2 407,30	2 543,90
A 14	1 134,47	1 277,03	1 417,18	1 559,14	1 700,50	1 843,06	1 983,82	2 125,17	2 267,15	2 409,09	2 549,86	2 693,00
A 15, C 2 und R 1	1 266,87	1 419,54	1 572,85	1 726,15	1 880,04	2 032,72	2 185,43	2 338,74	2 492,01	2 644,70	2 797,98	2 950,68
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 339,06	1 498,89	1 660,55	1 820,97	1 982,03	2 142,47	2 303,53	2 463,98	2 625,02	2 785,47	2 946,51	3 106,96
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 339,06	1 505,46	1 672,46	1 842,47	2 010,05	2 179,45	2 347,05	2 515,27	2 684,66	2 852,29	3 020,47	3 188,69
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 474,44	1 661,14	1 847,82	2 034,53	2 220,03	2 407,90	2 594,01	2 780,68	2 966,19	3 153,49	3 340,15	3 526,86
B 8 und höher * BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung	1 580,61	1 789,97	2 001,72	2 211,67	2 422,22	2 632,77	2 843,90	3 054,46	3 263,81	3 474,98	3 685,52	3 897,27

Anlage 3f

Gültig ab 1. Juli 2013

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG*)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1 093,31	1 278,80	1 462,52	1 648,61	1 830,54	2 016,04	2 201,53	2 387,03	2 571,35	2 755,04	2 939,34	3 125,46
A 9	1 280,58	1 478,02	1 677,82	1 874,05	2 072,11	2 269,54	2 466,94	2 666,15	2 863,60	3 061,02	3 260,24	3 458,27
A 10	1 448,20	1 653,97	1 859,16	2 063,74	2 268,92	2 474,72	2 679,85	2 885,66	3 092,04	3 296,03	3 501,82	3 707,59
A 11	1 576,43	1 791,16	2 007,08	2 221,80	2 437,72	2 653,64	2 868,37	3 083,70	3 299,60	3 514,93	3 730,83	3 945,58
A 12	1 752,39	1 980,25	2 207,50	2 434,73	2 661,99	2 889,23	3 116,50	3 344,33	3 571,60	3 798,84	4 026,08	4 253,35
A 13 und C 1	1 927,75	2 165,13	2 401,94	2 639,32	2 877,31	3 113,52	3 350,92	3 588,89	3 826,89	4 063,06	4 300,47	4 539,04
A 14	2 104,90	2 349,46	2 595,19	2 840,34	3 086,06	3 332,42	3 576,95	3 822,12	4 066,66	4 312,38	4 556,95	4 803,88
A 15, C 2 und R 1	2 352,46	2 619,64	2 886,27	3 152,87	3 418,92	3 685,52	3 952,74	4 219,35	4 485,98	4 751,99	5 017,41	5 285,81
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2 494,98	2 774,13	3 054,46	3 334,79	3 612,77	3 892,49	4 171,03	4 451,38	4 730,50	5 009,66	5 290,01	5 569,14
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2 495,58	2 789,63	3 083,09	3 376,55	3 670,02	3 963,47	4 257,52	4 550,97	4 844,44	5 137,90	5 431,96	5 724,81
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 782,47	3 105,17	3 427,24	3 750,52	4 073,21	4 395,89	4 718,57	5 041,86	5 363,95	5 687,22	6 009,93	6 333,22
B 8 und höher, R 8 und höher	3 000,78	3 365,21	3 730,25	4 095,27	4 459,72	4 823,57	5 189,19	5 553,04	5 917,47	6 283,09		

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Anlage 3g

Gültig ab 1. Juli 2013

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG*)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	938,83	1 093,90	1 251,36	1 407,05	1 563,92	1 721,39	1 877,06	2 034,53	2 191,38	2 346,47	2 504,53	2 659,01
A 9	1 096,27	1 262,71	1 434,50	1 601,50	1 769,08	1 937,31	2 104,90	2 271,90	2 440,13	2 608,90	2 776,51	2 944,70
A 10	1 240,03	1 416,60	1 591,35	1 767,92	1 943,26	2 117,44	2 293,39	2 467,55	2 644,70	2 819,45	2 994,22	3 170,78
A 11	1 352,78	1 535,89	1 718,99	1 902,70	2 085,80	2 269,54	2 452,64	2 636,94	2 820,07	3 003,18	3 186,88	3 370,58
A 12	1 504,88	1 696,93	1 890,17	2 082,85	2 276,08	2 468,15	2 661,42	2 854,63	3 047,90	3 239,97	3 432,63	3 625,28
A 13 und C 1	1 655,77	1 857,37	2 058,38	2 259,99	2 462,20	2 663,19	2 864,20	3 065,20	3 268,01	3 469,00	3 670,02	3 871,62
A 14	1 806,67	2 013,65	2 221,80	2 430,54	2 638,74	2 846,91	3 055,06	3 262,03	3 470,79	3 679,54	3 887,11	4 095,89
A 15, C 2 und R 1	2 020,22	2 246,27	2 471,71	2 698,36	2 925,05	3 151,09	3 376,55	3 602,01	3 829,25	4 055,32	4 281,37	4 506,84
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2 143,09	2 380,48	2 617,26	2 854,63	3 091,44	3 328,84	3 565,04	3 802,43	4 039,22	4 276,62	4 513,41	4 750,21
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2 148,43	2 397,16	2 646,50	2 895,79	3 144,53	3 393,85	3 643,18	3 892,49	4 141,22	4 391,14	4 640,45	4 888,59
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 395,98	2 669,77	2 945,32	3 219,08	3 494,06	3 767,23	4 041,60	4 315,97	4 590,93	4 865,31	5 139,09	5 414,06
B 8 und höher, R 8 und höher	2 588,05	2 897,01	3 207,76	3 516,13	3 826,89	4 135,84	4 445,41	4 754,96	5 064,52	5 373,50		

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Anlage 3h

Gültig ab 1. Juli 2013

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG*)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	785,53	916,14	1 043,22	1 172,65	1 300,87	1 429,13	1 557,94	1 686,79	1 816,20	1 944,45	2 072,70	2 201,53
A 9	919,12	1 058,11	1 197,68	1 334,86	1 474,44	1 614,01	1 752,98	1 893,76	2 033,32	2 172,31	2 311,88	2 451,45
A 10	1 039,63	1 182,17	1 326,52	1 467,89	1 611,62	1 754,79	1 898,54	2 042,26	2 184,82	2 329,17	2 470,53	2 613,68
A 11	1 132,09	1 284,77	1 435,67	1 587,19	1 739,27	1 890,17	2 042,26	2 192,57	2 344,69	2 496,19	2 647,68	2 799,77
A 12	1 257,92	1 417,77	1 578,22	1 737,49	1 896,74	2 055,98	2 215,85	2 374,49	2 535,54	2 694,81	2 854,63	3 013,30
A 13 und C 1	1 386,17	1 549,61	1 715,42	1 880,62	2 045,85	2 209,87	2 373,90	2 539,70	2 704,35	2 868,95	3 034,20	3 198,83
A 14	1 513,81	1 685,00	1 854,98	2 024,98	2 196,17	2 367,34	2 538,53	2 708,52	2 880,30	3 051,48	3 221,47	3 392,66
A 15, C 2 und R 1	1 692,17	1 879,45	2 065,54	2 252,25	2 438,91	2 626,21	2 812,89	2 999,59	3 186,28	3 372,97	3 560,85	3 746,97
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 796,55	1 992,16	2 187,21	2 384,04	2 579,10	2 774,74	2 971,55	3 166,60	3 362,25	3 557,28	3 754,70	3 950,36
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 801,31	2 007,08	2 212,27	2 417,45	2 623,21	2 828,41	3 034,20	3 239,37	3 445,15	3 650,32	3 856,69	4 061,29
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 013,05	2 239,12	2 463,98	2 690,03	2 914,89	3 140,36	3 365,21	3 591,28	3 816,14	4 041,01	4 267,07	4 491,94
B 8 und höher, R 8 und höher	2 177,67	2 432,96	2 690,03	2 945,91	3 201,19	3 457,68	3 713,53	3 968,23	4 225,30	4 481,79		

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Anlage 3i

Gültig ab 1. Juli 2013

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG*)

(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1 BBesG*												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2 BBesG*
	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16	142,55	163,44	184,89	204,57	226,64	247,54	267,82	288,70	309,54	331,03	351,91	371,00	142,55
B 1 bis B 11													

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Gültig ab 1. Januar 2013**Anwärtergrundbetrag**

(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	882,87
A 5 bis A 8	1 000,81
A 9 bis A 11	1 053,54
A 12	1 190,07
A 13	1 221,14
A 13 + Zulage (Vorbemerkung Nr. 27 Abs. 1 Buchst. c der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz*) oder R 1	1 255,24

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Anlage 5

Gültig ab 1. Juli 2013

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsgesetz*		
§ 44	bis zu	105,33
§ 48 Abs. 2	bis zu	105,33
§ 78	bis zu	78,99
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Abs. 2		131,65
Nummer 5		
Die Zulage beträgt für		
Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6		36,86
Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9		52,66
Beamtinnen und Beamte des gehobenen und höheren Dienstes		78,99
Nummer 5a		
Abs. 1		
Buchstabe a		94,79
Buchstabe b		157,99
Buchstabe c		226,46
Abs. 2		
Nr. 1 Buchstabe a		142,19
Buchstabe b		105,33
Nr. 2 Buchstabe a		105,33
Buchstabe b		42,13
Nr. 3		68,46
Nr. 4 und 5		63,20
Nr. 8 Buchstabe a		131,65
Buchstabe b		68,46
Nummer 6 Abs. 1		
Buchstabe a		473,96
Buchstabe b		379,17
Buchstabe c		303,34
Nummer 6 a		105,33

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Nummer 8		
Die Zulage beträgt		
für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 5		118,49
A 6 bis A 9		157,99
A 10 und höher		197,48
Nummer 9		
Die Zulage beträgt		
nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		65,60
von zwei Jahren		131,20
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		
nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		65,60
von zwei Jahren		131,20
Nummer 12		98,40
Nummer 13a	bis zu	78,99
Nummer 13c		
Die Zulage beträgt		
für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 7		47,40
A 8 bis A 11		63,20
A 12 bis A 15		73,73
A 16 und höher		94,79
Nummer 21		203,59
Nummer 25		39,50
Nummer 26 Abs. 1		
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte		
des mittleren Dienstes		17,56
des gehobenen Dienstes		39,50

* in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa		18,79
Doppelbuchstabe bb		73,51
Buchstabe b		81,71
Buchstabe c		81,71
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb		54,74
Buchstabe b und c		81,71
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	35,10
	2	20,35
	3	64,72
A 3	1, 5	64,72
	2	35,10
A 4	1, 4	64,72
	2	35,10
A 5	3	35,10
	4, 6	64,72
A 6	6	35,10
A 7	5	50 v. H. des jeweiligen Unter- schiebsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 9	3, 6	261,27
	7	8 v. H. des Endgrund- gehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8	151,76
A 13	7	182,04
	11, 12, 13	265,52
A 14	5	182,04
A 15	7	182,04

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	201,26
R 2	3 bis 8, 10	201,26
R 3	3	201,26
Hessisches Besoldungsgesetz		
Besoldungsordnung A und B		
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 10	3	288,05
A 12	2	151,76
A 13	1	182,04
	3	91,06
	4	182,04
A 14	2	182,04
	4	121,37
A 15	1	182,04
B 9	1	754,26

Anlage 6**Mehrarbeitsvergütung****Gültig ab 1. Juli 2013**

(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	11,43
A 5 bis A 8	13,49
A 9 bis A 12	18,53
A 13 bis A 16	25,55
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	17,24
Nummer 2	21,37
Nummer 3	25,36
Nummern 4 und 5	29,63

Besoldungsordnung C

Gültig ab 1. Juli 2013

Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 088,02	3 196,44	3 304,87	3 413,27	3 521,70	3 630,12	3 738,52	3 846,95	3 955,35	4 063,77	4 172,18	4 280,62	4 389,03	4 497,45	
C 2	3 094,79	3 267,56	3 440,35	3 613,15	3 785,93	3 958,71	4 131,49	4 304,26	4 477,04	4 649,82	4 822,57	4 995,38	5 168,15	5 340,95	5 513,72
C 3	3 407,88	3 603,52	3 799,18	3 994,80	4 190,45	4 386,10	4 581,71	4 777,35	4 972,98	5 168,63	5 364,25	5 559,87	5 755,52	5 951,16	6 146,79
C 4	4 328,91	4 525,56	4 722,24	4 918,91	5 115,58	5 312,24	5 508,90	5 705,54	5 902,21	6 098,87	6 295,55	6 492,19	6 688,86	6 885,51	7 082,19

Anlage 7b

Gültig ab 1. Juli 2013

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 2b	81,71	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *) A 13 A 15 B 3	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	211,71 236,98
		für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4		B e s o l d u n g s g r u p p e F u ß n o t e C 2 1	107,45
				*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)	

Anlage 8
zu Art. 2 § 1 des Hessischen
Besoldungs- und Versorgungs-
anpassungsgesetzes 2014

Gültig ab 1. Januar 2014

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	907,59
A 5 bis A 8	1 028,83
A 9 bis A 11	1 083,04
A 12	1 223,39
A 13	1 255,33
A 13 + Zulage (Vorbemerkung Nr. 27 Abs. 1 Buchst. c der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz*) oder R 1	1 290,39

* BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung

Anhang 1
Zu Art. 3 des Gesetzes über die Anpassung der
Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014
und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage II

Besoldungsordnung W

Gültig ab 1. Juli 2013

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
W 1	3 906,39

Besoldungs- gruppe	Stufen				
	mit jeweils fünfjährigen professoralen Erfahrungszeiten				
	1	2	3	4	5
W 2	4 904,28	5 088,96	5 273,64	5 458,32	5 643,00
W 3	5 437,80	5 643,00	5 858,46	6 073,92	6 287,33

Besoldungs- gruppe	
W L1	5 437,80
W L2	5 950,80
W L3	7 284,60

Anhang 2**Zu Art. 5 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und
Versorgung in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften****Anhang****Anhang zu den Hessischen Besoldungsordnungen
Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen****Besoldungsgruppe A 4**A m t s m e i s t e r i n ¹A m t s m e i s t e r ¹

G e s t ü t w ä r t e r i n

G e s t ü t w ä r t e r

O b e r w a r t i n ²O b e r w a r t ²

¹ Erhält bei Einsatz im Sitzungsdienst der Gerichte eine Amtszulage nach Anlage VII.² Erhält eine Amtszulage nach Anlage VII.**Besoldungsgruppe A 10**J u g e n d l e i t e r i n i m S c h u l d i e n s t ¹J u g e n d l e i t e r i m S c h u l d i e n s t ¹

¹ Nur für Beamtinnen und Beamte ohne Fachhochschul- oder Ingenieurschulabschluss.**Besoldungsgruppe A 12**

F a c h s c h u l o b e r l e h r e r i n

F a c h s c h u l o b e r l e h r e r

F a c h l e h r e r i n f ü r a r b e i t t e c h n i s c h e F ä c h e r

– als Fachleiterin an einem berufspädagogischen Seminar ¹

F a c h l e h r e r f ü r a r b e i t t e c h n i s c h e F ä c h e r

– als Fachleiter an einem berufspädagogischen Seminar ¹

Z w e i t e K o n r e k t o r i n

– einer Grundschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern ²

Z w e i t e r K o n r e k t o r

– einer Grundschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern ²

¹ Nur für Beamtinnen und Beamte ohne Fachhochschul- oder Ingenieurschulabschluss.² Erhält eine Amtszulage nach Anlage VII.**Besoldungsgruppe A 13**P o l i z e i f a c h s c h u l h a u p t l e h r e r i n ¹P o l i z e i f a c h s c h u l h a u p t l e h r e r ¹

R e a l s c h u l l e h r e r i n

– mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung
entsprechenden Verwendung ²

R e a l s c h u l l e h r e r

– mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung
entsprechenden Verwendung ²

R e k t o r i n a n e i n e r G e s a m t s c h u l e

– als Leiterin der Grundstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern

- als Leiterin der Grundstufe mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern³
- Rektor an einer Gesamtschule
- als Leiter der Grundstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern
- als Leiter der Grundstufe mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern³
- Studienrätin⁴
- am Institut für Qualitätsentwicklung
- Studienrat⁴
- am Institut für Qualitätsentwicklung
- Zweite Konrektorin
- einer Grund- und Hauptschule oder Hauptschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern⁵
- einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern, sofern dem Hauptschulzweig, Realschulzweig und der Förderstufe mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schüler angehören³
- einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern, sofern dem Hauptschulzweig, Realschulzweig und der Förderstufe bis zu 180 Schülerinnen und Schüler angehören⁵
- Zweiter Konrektor
- einer Grund- und Hauptschule oder Hauptschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern⁵
- einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern, sofern dem Hauptschulzweig, Realschulzweig und der Förderstufe mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schüler angehören³
- einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern, sofern dem Hauptschulzweig, Realschulzweig und der Förderstufe bis zu 180 Schülerinnen und Schüler angehören⁵

¹ Erhält eine Amtszulage nach Anlage VII.

² Als Eingangssamt.

³ Erhält eine Amtszulage nach Anlage VII.

⁴ Mit einem durch Staats- oder Hochschulprüfung abgeschlossenen Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule.

⁵ Erhält eine Amtszulage nach Anlage VII.

Besoldungsgruppe A 14

Oberstudienrätin

- am Institut für Qualitätsentwicklung¹

Oberstudienrat

- am Institut für Qualitätsentwicklung¹

Oberstudienrätin

- als Leiterin einer Förderstufe mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern an einer Gesamtschule²
- als Leiterin einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern an einer Gesamtschule²
- als Leiterin eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern an einer Gesamtschule²

Oberstudienrat

- als Leiter einer Förderstufe mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern an einer Gesamtschule²
- als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern an einer Gesamtschule²
- als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern an einer Gesamtschule²

Realschulkonrektorin

- als die ständige Vertreterin der Leiterin oder des Leiters einer
 - Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern
 - Realschule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern³

Realschulkonrektor

- als der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer
 - Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern
 - Realschule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern ³

Realschulrektorin

- einer Realschule mit bis zu 180 Schülerinnen und Schülern
- einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern ³

Realschulrektor

- einer Realschule mit bis zu 180 Schülerinnen und Schülern
- einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern ³

Rektorin an einer Gesamtschule

- als Leiterin einer Förderstufe mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern ⁴
- als Leiterin einer Förderstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern
- als Leiterin einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern ⁴
- als Leiterin einer Schulstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern
- als Leiterin eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern ⁴
- als Leiterin eines Schulzweiges mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern

Rektor an einer Gesamtschule

- als Leiter einer Förderstufe mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern ⁴
- als Leiter einer Förderstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern
- als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern ⁴
- als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern
- als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern ⁴
- als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern

Schulrätin

- als Schulaufsichtsbeamtin auf Kreisebene ⁵

Schulrat

- als Schulaufsichtsbeamter auf Kreisebene ⁵

Zweite Förderschulkonrektorin

- einer Schule für Lernhilfe mit mehr als 300 Schülerinnen und Schülern oder einer sonstigen Förderschule mit mehr als 150 Schülerinnen und Schülern ⁶

Zweiter Förderschulkonrektor

- einer Schule für Lernhilfe mit mehr als 300 Schülerinnen und Schülern oder einer sonstigen Förderschule mit mehr als 150 Schülerinnen und Schülern ⁶

Zweite Konrektorin

- einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern, sofern dem Hauptschulzweig, dem Realschulzweig und der Förderstufe mehr als 360 Schülerinnen und Schüler angehören
- einer Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern

Zweiter Konrektor

- einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern, sofern dem Hauptschulzweig, dem Realschulzweig und der Förderstufe mehr als 360 Schülerinnen und Schüler angehören
- einer Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern

Zweite Realschulkonrektorin

- einer Realschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern

Zweiter Realschulkonrektor

- einer Realschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern

¹ Mit einem durch Staats- oder Hochschulprüfung abgeschlossenem Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule.

² Erhält eine Amtszulage nach Anlage VII.

³ Erhält eine Amtszulage nach Anlage VII.

⁴ Erhält eine Amtszulage nach Anlage VII.

⁵ Erhält eine Amtszulage nach Anlage VII.

⁶ Für die Berechnung der Schülerzahlen sonderpädagogischer Beratungs- und Förderzentren werden die Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf in der Förderschule und zur Hälfte die Zahl der von dem sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentrum geförderten Schüler an allgemeinen Schulen zugrunde gelegt.

Besoldungsgruppe A 15

Direktorin

- am Amt für Lehrerbildung
- am Institut für Qualitätsentwicklung
- an einem Staatlichen Schulamt

Direktor

- am Amt für Lehrerbildung
- am Institut für Qualitätsentwicklung
- an einem Staatlichen Schulamt

Schulamtsdirektorin

- als Schulaufsichtsbeamtin auf Kreisebene

Schulamtsdirektor

- als Schulaufsichtsbeamter auf Kreisebene

Kanzlerin

- der Fachhochschule Fulda

Kanzler

- der Fachhochschule Fulda

Pädagogische Leiterin an einer Gesamtschule

- mit Oberstufe oder ohne Oberstufe mit mehr als 1 000 Schülerinnen und Schülern ¹
- ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülerinnen und Schülern

Pädagogischer Leiter an einer Gesamtschule

- mit Oberstufe oder ohne Oberstufe mit mehr als 1 000 Schülerinnen und Schülern ¹
- ohne Oberstufe mit bis zu 1 000 Schülerinnen und Schülern

Realschulrektorin einer Realschule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern

Realschulrektor einer Realschule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern

Studiendirektorin

- an einem Studienkolleg für ausländische Studierende

Studiendirektor

- an einem Studienkolleg für ausländische Studierende

¹ Erhält eine Amtszulage nach Anlage VII.

Besoldungsgruppe A 16

Direktorin am Institut für Qualitätsentwicklung

- als ständige Vertreterin der Direktorin oder des Direktors des Instituts für Qualitätsentwicklung

Direktor am Institut für Qualitätsentwicklung

- als ständiger Vertreter der Direktorin oder des Direktors des Instituts für Qualitätsentwicklung

Direktorin des Amtes für Lehrerbildung

Direktor des Amtes für Lehrerbildung

Leitende Direktorin am Amt für Lehrerbildung

Leitender Direktor am Amt für Lehrerbildung

Leitende Direktorin am Institut für Qualitätsentwicklung

Leitender Direktor am Institut für Qualitätsentwicklung

Leitende Schulamtsdirektorin

- als leitende Schulaufsichtsbeamtin auf Kreisebene, der mindestens sechs weitere Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamte unterstellt sind
- als Schulaufsichtsbeamtin auf Kreisebene, der ausschließlich die Aufsicht über Gymnasien, Gesamtschulen mit Oberstufe oder berufliche Schulen obliegt

Leitender Schulamtsdirektor

- als leitender Schulaufsichtsbeamter auf Kreisebene, dem mindestens sechs weitere Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamte unterstellt sind

– als Schulaufsichtsbeamter auf Kreisebene, dem ausschließlich die Aufsicht über Gymnasien, Gesamtschulen mit Oberstufe oder berufliche Schulen obliegt

Besoldungsgruppe B 2

Direktorin des Instituts für Qualitätsentwicklung

Direktor des Instituts für Qualitätsentwicklung

Präsidentin der Fachhochschule Fulda

Präsident der Fachhochschule Fulda

Anhang 3
zu Art. 5 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage IV

1. Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. März 2014 bis 31. März 2014

Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)								Endgrund- gehalt (nach 23 Jahren)
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8	
A 4	1 854	1 882	1 905	1 948	1 989	2 030	2 072	2 110	
A 5	1 872	1 911	1 934	1 985	2 035	2 086	2 137	2 188	
A 6	1 916	1 964	2 011	2 069	2 129	2 187	2 252	2 307	
A 7	2 000	2 038	2 096	2 186	2 274	2 362	2 428	2 495	
A 8	2 124	2 176	2 257	2 371	2 484	2 565	2 645	2 725	
A 9	2 258	2 312	2 402	2 529	2 643	2 738	2 824	2 907	
A 10	2 428	2 478	2 635	2 791	2 944	3 056	3 164	3 273	
A 11	2 799	2 892	3 052	3 214	3 320	3 435	3 546	3 657	
A 12	3 010	3 128	3 320	3 511	3 639	3 775	3 907	4 041	
A 13	3 520	3 647	3 826	4 005	4 129	4 253	4 377	4 498	
A 14	3 706	3 883	4 116	4 347	4 506	4 667	4 826	4 987	
A 15	4 546	4 687	4 846	5 006	5 165	5 323	5 481	5 638	
A 16	5 020	5 189	5 372	5 556	5 738	5 923	6 106	6 287	
Aufstiegs- intervalle	2 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	Endgrund- gehalt (nach 23 Jahren)

2. Besoldungsordnung B**Anlage IV****Gültig ab 1. März 2014 bis 31. März 2014****Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	5 637,45
B 2	6 558,18
B 3	6 947,95
B 4	7 356,19
B 5	7 824,58
B 6	8 266,86
B 7	8 697,11
B 8	9 145,54
B 9	9 702,33
B 10	11 431,32
B 11	11 876,98

3. Besoldungsordnung W**Anlage IV****Gültig ab 1. März 2014 bis 31. März 2014****Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbetrag in Euro)
W 1	3 906,39

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)				
	Stufen mit jeweils fünfjährigen professoralen Erfahrungszeiten				
	1	2	3	4	5
W 2	4 904,28	5 088,96	5 273,64	5 458,32	5 643,00
W 3	5 437,80	5 643,00	5 858,46	6 073,92	6 287,33

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W L1	5 437,80
W L2	5 950,80
W L3	7 284,60

Anhang 4
zu Art. 5 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung
in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage V

Gültig ab 1. März 2014 bis 31. März 2014

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4
(§ 43 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	(§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	(§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	(§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)
120,78	224,08	327,38	649,25

Der kinderbezogene Anteil im Familienzuschlag beträgt für die ersten beiden zu berücksichtigenden Kinder jeweils 103,30 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind jeweils 321,87 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 4 und A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 4 und A 5 um je 5,86 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in der Besoldungsgruppe A 4 um je	23,45 Euro
in der Besoldungsgruppe A 5 um je	17,60 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anhang 5
zu Art. 5 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung
in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage VI

Gültig ab 1. März 2014

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5	907,59
A 6 bis A 8	1 028,83
A 9 bis A 11	1 083,04
A 12	1 223,39
A 13	1 255,33
A 13 + Zulage (Nr. 13 Abs. 1 Nr. 3 der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B)	1 290,39

Anhang 6
zu Art. 5 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung
in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gültig ab 1. März 2014 bis 31. März 2014

Anlage VII

Amts- und Stellenzulagen sowie sonstige Zulagen
(Monatsbeträge)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent
Besoldungsordnungen A und B		Besoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen		Besoldungsgruppen	Fußnote
Nr. 3 Abs. 1		A 5	3 35,10
Nr. 1	379,17		4 64,72
Nr. 2	303,34	A 7	6 50 Prozent des
Nr. 3 Abs. 5	105,33		jeweiligen Unter-
Nr. 3 Abs. 6	78,99		schiedsbetrages
Nr. 5			zum Grundgehalt
A 4 bis A 5	118,49		der Besoldungs-
A 6 bis A 9	157,99	A 9	1, 2 261,27
A 10 und höher	197,48	A 10	2 288,05
Nr. 6 und 7		A 12	4 151,76
nach einer Dienstzeit		A 13	1, 8, 9 265,52
von einem Jahr	65,60		3, 4 182,04
von zwei Jahren	131,20		5 91,06
Nr. 8	98,40	A 14	4 182,04
Nr. 9	39,50	A 15	4 182,04
Nr. 10		A 16	1, 8 203,59
mittlerer Dienst	17,56	B 9	1 754,26
gehobener Dienst	39,50	Präsidentin, Präsident	5 Prozent des
Nr. 11		des Justizprüfungsamtes	Grundgehalts der
Abs. 1	78,99		Besoldungsgruppe B 4*
Abs. 2	51,13	* Nach Maßgabe des § 3 Abs. 3 Satz 2 des	
Abs. 3	76,69	Juristenausbildungsgesetzes in der Fassung vom 15. März 2004	
Abs. 4	76,69	(GVBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013	
Abs. 5	78,99	(GVBl. S. 218, 368).	
Nr. 12	373,67	Besoldungsordnung R	
Nr. 13 Abs. 1		Besoldungsgruppen	Fußnote
Nr. 1		R 1	1, 2 201,26
Buchst. a	18,79	R 2	4 bis 10, 12 201,26
Buchst. b	73,51	R 3	3 201,26
Nr. 2	81,71	Anhang zu den Besoldungsordnungen A und B	
Nr. 3	81,71	Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen	
Besoldungsordnung W		Besoldungsgruppen	Fußnote
Vorbemerkungen		A 4	1 64,72
Nr. 3 Abs. 2	260,00		2 35,10
Nr. 4		A 12	2 151,76
wenn ein Amt ausgeübt wird		A 13	1, 3 182,04
der Besoldungsgruppe R 1	205,54		5 91,06
der Besoldungsgruppe R 2	230,08	A 14	2, 3, 4, 5 182,04
Besoldungsordnung R		A 15	1 182,04
Vorbemerkung			
Nr. 2	76,69		

Anhang 7 zu Art. 5 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage VIII

Gültig ab 1. März 2014 bis 31. März 2014

Besoldungsordnung C

Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C
(Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro))

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 088,02	3 196,44	3 304,87	3 413,27	3 521,70	3 630,12	3 738,52	3 846,95	3 955,35	4 063,77	4 172,18	4 280,62	4 389,03	4 497,45	
C 2	3 094,79	3 267,56	3 440,35	3 613,15	3 785,93	3 958,71	4 131,49	4 304,26	4 477,04	4 649,82	4 822,57	4 995,38	5 168,15	5 340,95	5 513,72
C 3	3 407,88	3 603,52	3 799,18	3 994,80	4 190,45	4 386,10	4 581,71	4 777,35	4 972,98	5 168,63	5 364,25	5 559,87	5 755,52	5 951,16	6 146,79
C 4	4 328,91	4 525,56	4 722,24	4 918,91	5 115,58	5 312,24	5 508,90	5 705,54	5 902,21	6 098,87	6 295,55	6 492,19	6 688,86	6 885,51	7 082,19

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge) - in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil
Hessisches Besoldungsgesetz § 70 Abs. 4	76,69	Bundesbesoldungsordnung C Vorbezeichnung		Bundesbesoldungsordnung C Vorbezeichnung	
Bundesbesoldungsordnung C Vorbezeichnung		Nr. 3 Die Zulage beträgt	12,5 Prozent des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	Nr. 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	211,71 236,98
Nr. 2b	81,71	für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen C 1 C 2 C 3 und C 4		Besoldungsgruppe Fußnote C 2	107,45
				*) Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)	

Anhang 8
zu Art. 6 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage IV

1. Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. April 2014

Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8								
A 4	1 902,20	1 930,93	1 954,53	1 998,65	2 040,71	2 082,78	2 125,87	2 164,86								
A 5	1 920,67	1 960,69	1 984,28	2 036,61	2 087,91	2 140,24	2 192,56	2 244,89								
A 6	1 965,82	2 015,06	2 063,29	2 122,79	2 184,35	2 243,86	2 310,55	2 366,98								
A 7	2 052,00	2 090,99	2 150,50	2 242,84	2 333,12	2 423,41	2 491,13	2 559,87								
A 8	2 179,22	2 232,58	2 315,68	2 432,65	2 548,58	2 631,69	2 713,77	2 795,85								
A 9	2 316,71	2 372,11	2 464,45	2 594,75	2 711,72	2 809,19	2 897,42	2 982,58								
A 10	2 491,13	2 542,43	2 703,51	2 863,57	3 020,54	3 135,46	3 246,26	3 358,10								
A 11	2 871,77	2 967,19	3 131,35	3 297,56	3 406,32	3 524,31	3 638,20	3 752,08								
A 12	3 088,26	3 209,33	3 406,32	3 602,29	3 733,61	3 873,15	4 008,58	4 146,07								
A 13	3 611,52	3 741,82	3 925,48	4 109,13	4 236,35	4 363,58	4 490,80	4 614,95								
A 14	3 802,36	3 983,96	4 223,02	4 460,02	4 623,16	4 788,34	4 951,48	5 116,66								
A 15	4 664,20	4 808,86	4 972,00	5 136,16	5 299,29	5 461,40	5 623,51	5 784,59								
A 16	5 150,52	5 323,91	5 511,67	5 700,46	5 887,19	6 077,00	6 264,76	6 450,46								
Aufsichts- intervalle	2 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	Endgrund- gehalt (nach 23 Jahren)								

2. Besoldungsordnung B**Anlage IV****Gültig ab 1. April 2014****Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	5 784,02
B 2	6 728,69
B 3	7 128,60
B 4	7 547,45
B 5	8 028,02
B 6	8 481,80
B 7	8 923,23
B 8	9 383,32
B 9	9 954,59
B 10	11 728,53
B 11	12 185,78

3. Besoldungsordnung W**Anlage IV****Gültig ab 1. April 2014****Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbetrag in Euro)
W 1	4 007,96

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)				
	Stufen mit jeweils fünfjährigen professoralen Erfahrungszeiten				
	1	2	3	4	5
W 2	5 031,79	5 221,27	5 410,75	5 600,24	5 789,72
W 3	5 579,18	5 789,72	6 010,78	6 231,84	6 450,80

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W L1	5 579,18
W L2	6 105,52
W L3	7 474,00

Anhang 9
zu Art. 6 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung
in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage V

Gültig ab 1. April 2014

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4
(§ 43 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	(§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	(§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	(§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)
123,92	229,91	335,90	666,14

Der kinderbezogene Anteil im Familienzuschlag beträgt für die ersten beiden zu berücksichtigenden Kinder jeweils 105,99 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind jeweils 330,24 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 4 und A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 4 und A 5 um je 6,01 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in der Besoldungsgruppe A 4 um je	24,06 Euro
in der Besoldungsgruppe A 5 um je	18,06 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anhang 10
zu Art. 6 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung
in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage VI

Gültig ab 1. März 2014

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5	907,59
A 6 bis A 8	1 028,83
A 9 bis A 11	1 083,04
A 12	1 223,39
A 13	1 255,33
A 13 + Zulage (Nr. 13 Abs. 1 Nr. 3 der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B)	1 290,39

Anhang 11
zu Art. 6 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung
in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gültig ab 1. April 2014

Anlage VII

Amts- und Stellenzulagen sowie sonstige Zulagen
(Monatsbeträge)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent
Besoldungsordnungen A und B		Besoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen		Besoldungsgruppen	Fußnote
Nr. 3 Abs. 1		A 5	3 36,01
Nr. 1	379,17	4	66,40
Nr. 2	303,34	A 7	6 50 Prozent des
Nr. 3 Abs. 5	105,33		jeweiligen Unter-
Nr. 3 Abs. 6	78,99		schiedsbetrages
			zum Grundgehalt
Nr. 5			der Besoldungs-
A 4 bis A 5	118,49	A 9	1, 2 268,06
A 6 bis A 9	157,99	A 10	2 295,54
A 10 und höher	197,48	A 12	4 155,71
Nr. 6 und 7		A 13	1, 8, 9 272,42
nach einer Dienstzeit			3, 4 186,77
von einem Jahr	65,60		5 93,43
von zwei Jahren	131,20	A 14	4 186,77
Nr. 8	98,40	A 15	4 186,77
Nr. 9	39,50	A 16	1, 8 208,88
Nr. 10		B 9	1 773,87
mittlerer Dienst	17,56	Präsidentin, Präsident	5 Prozent des
gehobener Dienst	39,50	des Justizprüfungsamtes	Grundgehalts der
Nr. 11			Besoldungsgruppe B 4*
Abs. 1	78,99	* Nach Maßgabe des § 3 Abs. 3 Satz 2 des	
Abs. 2	51,13	Juristenausbildungsgesetzes in der Fassung vom 15. März 2004	
Abs. 3	76,69	(GVBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013	
Abs. 4	76,69	(GVBl. S. 218, 368).	
Abs. 5	78,99	Besoldungsordnung R	
Nr. 12	373,67	Besoldungsgruppen	Fußnote
Nr. 13 Abs. 1		R 1	1, 2 206,49
Nr. 1		R 2	4 bis 10, 12 206,49
Buchst. a	19,28	R 3	3 206,49
Buchst. b	75,42	Anhang zu den Besoldungsordnungen A und B	
Nr. 2	83,83	Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen	
Nr. 3	83,83	Besoldungsgruppen	Fußnote
Besoldungsordnung W		A 4	1 66,40
Vorbemerkungen		2	36,01
Nr. 3 Abs. 2	260,00	A 12	2 155,71
Nr. 4		A 13	1, 3 186,77
wenn ein Amt ausgeübt wird		5	93,43
der Besoldungsgruppe R 1	205,54	A 14	2, 3, 4, 5 186,77
der Besoldungsgruppe R 2	230,08	A 15	1 186,77
Besoldungsordnung R			
Vorbemerkung			
Nr. 2	76,69		

Anhang 12 zu Art. 6 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage VIII

Gültig ab 1. April 2014

Besoldungsordnung C

Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C
Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 168,31	3 279,55	3 390,80	3 502,02	3 613,26	3 724,50	3 835,72	3 946,97	4 058,19	4 169,43	4 280,66	4 391,92	4 503,14	4 614,38	
C 2	3 175,25	3 352,52	3 529,80	3 707,09	3 884,36	4 061,64	4 238,91	4 416,17	4 593,44	4 770,72	4 947,96	5 125,26	5 302,52	5 479,81	5 657,08
C 3	3 496,48	3 697,21	3 897,96	4 098,66	4 299,40	4 500,14	4 700,83	4 901,56	5 102,28	5 303,01	5 503,72	5 704,43	5 905,16	6 105,89	6 306,61
C 4	4 441,46	4 643,22	4 845,02	5 046,80	5 248,59	5 450,36	5 652,13	5 853,88	6 055,67	6 257,44	6 459,23	6 660,99	6 862,77	7 064,53	7 266,33

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge) - in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Beitrag in Euro, Prozent, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Beitrag in Euro, Prozent, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Beitrag in Euro, Prozent, Bruchteil
Hessisches Besoldungsgesetz § 70 Abs. 4	76,69	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung	Nr. 3 Die Zulage beträgt	Nr. 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	211,71 236,98
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung	83,83	Nr. 3 für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen C 1 C 2 C 3 und C 4	12,5 Prozent des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	Besoldungsgruppe Fußnote C 2	107,45
Nr. 2b				*) Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)	

Anhang 13
zu Art. 7 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage 1

Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. März 2014 bis 31. März 2014

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Überleitungsstufe 1 zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 4	1 803	1 854		1 882		1 905		1 948	1 956	1 989	2 007	2 030	2 059	2 072		2 110
A 5	1 817	1 872		1 911		1 934		1 985		2 035		2 086		2 137		2 188
A 6	1 860	1 916		1 964	1 972	2 011	2 028	2 069	2 084	2 129	2 140	2 187	2 196	2 252		2 307
A 7	1 942	2 000	1 992	2 038	2 063	2 096	2 133	2 186	2 203	2 274	2 344	2 362	2 394	2 428	2 444	2 495
A 8	2 064	2 124		2 176	2 214	2 257	2 304	2 371	2 394	2 484	2 544	2 565	2 604	2 645	2 665	2 725
A 9	2 199	2 258		2 312	2 354	2 402	2 450	2 529	2 546	2 643	2 709	2 738	2 775	2 824	2 841	2 907
A 10	2 369	2 428	2 451	2 478	2 574	2 635	2 698	2 791	2 821	2 944	3 026	3 056	3 109	3 164	3 191	3 273
A 11	2 731	2 799	2 857	2 892	2 983	3 052	3 110	3 214	3 236	3 320	3 404	3 435	3 489	3 546	3 573	3 657
A 12	2 937	3 010	3 087	3 128	3 238	3 320	3 388	3 511	3 539	3 639	3 740	3 775	3 840	3 907	3 941	4 041
A 13	3 305	3 520	3 631	3 647	3 793	3 826	3 956	4 005	4 064	4 129	4 173	4 253	4 281	4 377	4 390	4 498
A 14	3 440	3 706	3 862	3 883	4 073	4 116	4 284	4 347	4 424	4 506	4 565	4 667	4 705	4 826	4 846	4 987
A 15	4 479	4 546		4 687	4 711	4 846	4 896	5 006	5 081	5 165	5 267	5 323	5 452	5 481		5 638
A 16	4 946	5 020		5 189	5 215	5 372	5 429	5 556	5 644	5 738	5 858	5 923	6 073	6 106		6 287

Anhang 14
zu Art. 7 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung
in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Besoldungsordnung A**Anlage 2****zu § 6 Abs. 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes**

Überleitung für versorgungsberechtigte Personen
Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)

BesGr	Stufe											
	alt 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 alt	1 691,56	1 732,41	1 773,26	1 814,11	1 854,97	1 895,84	1 936,69					
A 4 neu	neu 1	1	1	1	1	2	3					
A 4 neu	1 854,00	1 854,00	1 854,00	1 854,00	1 854,00	1 882,00	1 905,00					
A 3	1 762,11	1 805,59	1 849,05	1 892,50	1 936,00	1 979,47	2 022,93					
A 4 neu	1	1	1	2	3	4	5					
A 4 neu	1 854,00	1 854,00	1 854,00	1 882,00	1 905,00	1 948,00	1 989,00					
A 4 alt	1 802,12	1 853,34	1 904,49	1 955,67	2 006,85	2 058,03	2 109,19					
A 4 neu	1	1	3	4	5	6	8					
A 4 neu	1 854,00	1 854,00	1 905,00	1 948,00	1 989,00	2 030,00	2 110,00					
A 5 alt	1 816,69	1 882,22	1 933,15	1 984,04	2 034,98	2 085,89	2 136,81	2 187,72				
A 5 neu	1	1	3	4	5	6	7	8				
A 5 neu	1 872,00	1 872,00	1 934,00	1 985,00	2 035,00	2 086,00	2 137,00	2 188,00				
A 6 alt	1 859,71	1 915,61	1 971,53	2 027,43	2 083,33	2 139,24	2 195,17	2 251,06	2 306,96			
A 6 neu	1	1	2	3	4	5	6	7	8			
A 6 neu	1 916,00	1 916,00	1 964,00	2 011,00	2 069,00	2 129,00	2 187,00	2 252,00	2 307,00			
A 7 alt	1 941,45	1 991,68	2 062,03	2 132,39	2 202,73	2 273,08	2 343,45	2 393,66	2 443,90	2 494,18		
A 7 neu	1	1	2	3	4	5	5	6	7	8		
A 7 neu	2 000,00	2 000,00	2 038,00	2 096,00	2 186,00	2 274,00	2 274,00	2 362,00	2 428,00	2 495,00		
A 8 alt		2 063,07	2 123,17	2 213,32	2 303,47	2 393,62	2 483,80	2 543,88	2 603,99	2 664,10	2 724,17	
A 8 neu		1	1	2	3	4	5	5	6	7	8	
A 8 neu		2 124,00	2 124,00	2 176,00	2 257,00	2 371,00	2 484,00	2 484,00	2 565,00	2 645,00	2 725,00	
A 9 alt		2 198,02	2 257,17	2 353,39	2 449,59	2 545,81	2 642,03	2 708,16	2 774,32	2 840,46	2 906,62	
A 9 neu		1	1	2	3	4	5	5	6	7	8	
A 9 neu		2 258,00	2 258,00	2 312,00	2 402,00	2 529,00	2 643,00	2 643,00	2 738,00	2 824,00	2 907,00	
A 10 alt		2 368,39	2 450,57	2 573,81	2 697,12	2 820,38	2 943,68	3 025,86	3 108,03	3 190,19	3 272,39	
A 10 neu		1	1	2	3	4	5	5	6	7	8	
A 10 neu		2 428,00	2 428,00	2 478,00	2 635,00	2 791,00	2 944,00	2 944,00	3 056,00	3 164,00	3 273,00	
A 11 alt			2 730,12	2 856,43	2 982,73	3 109,07	3 235,39	3 319,59	3 403,82	3 488,04	3 572,23	3 656,44
A 11 neu			1	1	2	3	4	5	5	6	7	8
A 11 neu			2 799,00	2 799,00	2 892,00	3 052,00	3 214,00	3 320,00	3 320,00	3 435,00	3 546,00	3 657,00
A 12 alt			2 936,12	3 086,73	3 237,32	3 387,92	3 538,53	3 638,92	3 739,31	3 839,70	3 940,12	4 040,51
A 12 neu			1	1	2	3	4	5	5	6	7	8
A 12 neu			3 010,00	3 010,00	3 128,00	3 320,00	3 511,00	3 639,00	3 639,00	3 775,00	3 907,00	4 041,00
A 13 alt			3 304,87	3 467,48	3 630,12	3 792,74	3 955,35	4 063,77	4 172,18	4 280,62	4 389,03	4 497,45
A 13 neu			1	1	1	2	3	4	5	6	7	8
A 13 neu			3 520,00	3 520,00	3 520,00	3 647,00	3 826,00	4 005,00	4 129,00	4 253,00	4 377,00	4 498,00
A 14 alt			3 439,58	3 650,49	3 861,36	4 072,25	4 283,13	4 423,71	4 564,31	4 704,90	4 845,50	4 986,10
A 14 neu			1	1	1	2	3	4	5	6	7	8
A 14 neu			3 706,00	3 706,00	3 706,00	3 883,00	4 116,00	4 347,00	4 506,00	4 667,00	4 826,00	4 987,00
A 15 alt						4 478,17	4 710,02	4 895,52	5 081,00	5 266,50	5 451,99	5 637,45
A 15 neu						1	2	3	4	5	6	8
A 15 neu						4 546,00	4 687,00	4 846,00	5 006,00	5 165,00	5 323,00	5 638,00
A 16 alt						4 946,00	5 214,13	5 428,67	5 643,21	5 857,72	6 072,25	6 286,76
A 16 neu						1	2	3	4	5	6	8
A 16 neu						5 020,00	5 189,00	5 372,00	5 556,00	5 738,00	5 923,00	6 287,00

Überleitung von alten Besoldungsgruppen:
(exemplarisch für die Endstufe)

BesGr		
A 11 A alt	Stufe 14	3 849,48
A 11 neu	Stufe 8	3 657,00
A 13 A alt	Stufe 14	4 742,77
A 13 neu	Stufe 8	4 498,00
A 14 A alt	Stufe 14	5 114,73
A 14 neu	Stufe 8	4 987,00

Anhang 15
zu Art. 7 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung
in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Überleitung für versorgungsberechtigte Personen **Anlage 3**
Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro) zu § 6 Abs. 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes

Besoldungsordnung R

	Stufe											
	alt 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1 alt	3 549,18	3 711,80	3 797,42	4 018,27	4 239,11	4 459,96	4 680,80	4 901,65	5 122,48	5 343,34	5 564,17	5 785,04
R 1 neu	neu 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1 neu	3 602,42	3 711,80	3 797,42	4 018,27	4 239,11	4 459,96	4 680,80	4 901,65	5 122,48	5 343,34	5 564,17	5 785,04
R 2 alt			4 326,08	4 546,91	4 767,76	4 988,61	5 209,46	5 430,29	5 651,17	5 871,98	6 092,85	6 313,66
R 2 neu			3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 2 neu			4 390,97	4 546,91	4 767,76	4 988,61	5 209,46	5 430,29	5 651,17	5 871,98	6 092,85	6 313,66

Überleitung von alten Besoldungsgruppen:
(exemplarisch für die Endstufe)

BesGr		
R 1 alt OZ Ib	Stufe 9	5 613,25
R 1 neu	Stufe 11	5 564,17
R 1 alt OZ Ia	Stufe 9	5 731,60
R 1 neu	Stufe 11	5 564,17
R 2 alt OZ Ib	Stufe 9	6 216,40
R 2 neu	Stufe 11	6 092,85
R 2 alt OZ Ia	Stufe 9	6 334,77
R 2 neu	Stufe 12	6 313,66

Besoldungsordnung H alt

BesGr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
H 1	3 142,15	3 274,56	3 406,96	3 539,37	3 671,77	3 804,17	3 936,57	4 068,96	4 201,38	4 333,79	4 466,20	4 598,58	4 731,02	4 863,41
H 2	3 439,58	3 439,58	3 439,58	3 650,49	3 861,36	4 072,25	4 283,13	4 423,71	4 564,31	4 704,90	4 845,50	4 986,10		
H 3	4 478,17	4 478,17	4 478,17	4 478,17	4 478,17	4 478,17	4 710,02	4 895,52	5 081,00	5 266,50	5 451,99	5 637,45		
H 4	4 946,00	4 946,00	4 946,00	4 946,00	4 946,00	4 946,00	5 214,13	5 428,67	5 643,21	5 857,72	6 072,25	6 286,76		

Anhang 16
zu Art. 7 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung
in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Ruhegehaltfähige Stellen- und Amtszulagen**Anlage 5**

(Monatsbeträge) - in der Reihenfolge der Gesetzesstellen - zu § 6 Abs. 4 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes

1. Stellenzulagen			
Besoldungsordnung R			
Allgemeine Vorschriften		DM	Euro
Nr. 4 a		300,00	603,29
Nr. 4 b		500,00	1 005,35
Nr. 4 c		1 000,00	2 010,59
Nr. 5 a		150,00	301,71
Nr. 5 b		250,00	502,75
Nr. 5 c		300,00	603,29
Nr. 5 d		700,00	1 407,47
Nr. 6 a		200,00	402,18
Nr. 6 b		400,00	804,29
		650,00	1 306,92
		850,00	1 709,03
		1 050,00	2 111,12
Nr. 7 a		300,00	603,29
Nr. 7 b		400,00	804,29
Nr. 7 c		600,00	1 206,40
Nr. 7 d		750,00	1 507,98
Nr. 8 a		150,00	301,71
Nr. 8 b		300,00	603,29
Nr. 8 c		950,00	1 910,08

2. Amtszulagen			
Besoldungsordnung A			
Besoldungsgruppen	Fußnote	DM	Euro
A 5	5	116,55	95,24
	7	139,85	114,27

3. Stellenzulagen			
Besoldungsordnung A			
Vorbemerkungen			Euro
Nr. 27			
Abs. 1			
Buchst. a			
Doppelbuchst. aa			18,79
Doppelbuchst. bb			73,51
Buchst. b			81,71
Buchst. c			81,71

4. Amtszulagen			
Besoldungsordnung A			
Vorbemerkungen Nr. 21			Euro
			203,59
Besoldungsgruppen			
	Fußnote		
A 2	1		35,10
	3		64,72
A 3	1, 5		64,72
	2		35,10
A 4	1, 4		64,72
	2		35,10
A 5	3		35,10
	4, 6		64,72
A 6	6		35,10
A 7	5		
50 % des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der BesGr A 8			
A 9	3, 6		261,27
A 12	7, 8		151,76
A 13	7		182,04
	11, 12, 13		265,52
A 14	5		182,04
A 15	7		182,04
Besoldungsordnung R			
Besoldungsgruppen		Fußnote	
R 1		1, 2	201,26
R 2		3 bis 8, 10	201,26
R 3		3	201,26

5. Amtszulagen			
Besoldungsordnung A und B			
Besoldungsgruppen	Fußnote		Euro
A 10	3		288,05
A 12	2		151,76
A 13	1, 4		182,04
	3		91,06
A 14	2		182,04
	4		121,37
A 15	1		182,04
B 9	1		754,26

Anhang 17
zu Art. 8 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Anlage 1

Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. April 2014

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Überleitungsstufe 1 zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 4	1 849,88	1 902,20		1 930,93		1 954,53		1 988,65	2 006,86	2 040,71	2 059,18	2 082,78		2 125,87		2 164,86
A 5	1 864,24	1 920,67	1 931,96	1 960,69		1 984,28		2 036,61		2 087,91		2 140,24		2 192,56		2 244,89
A 6	1 908,36	1 965,82		2 015,06	2 023,27	2 063,29	2 080,73	2 122,79	2 138,18	2 184,35	2 195,64	2 243,86	2 253,10	2 310,55		2 366,98
A 7	1 992,49	2 052,00		2 090,99	2 116,64	2 150,50	2 188,46	2 242,84	2 260,28	2 333,12	2 404,94	2 423,41	2 456,24	2 491,13	2 507,54	2 559,87
A 8	2 117,66	2 179,22		2 232,58	2 271,56	2 315,68	2 363,90	2 432,65	2 456,24	2 548,58	2 610,14	2 631,69	2 671,70	2 713,77	2 734,29	2 795,85
A 9	2 256,17	2 316,71		2 372,11	2 415,20	2 464,45	2 513,70	2 594,75	2 612,20	2 711,72	2 779,43	2 809,19	2 847,15	2 897,42	2 914,87	2 982,58
A 10	2 430,59	2 491,13	2 514,73	2 542,43	2 640,92	2 703,51	2 768,15	2 863,57	2 894,35	3 020,54	3 104,68	3 135,46	3 189,83	3 246,26	3 273,97	3 358,10
A 11	2 802,01	2 871,77	2 931,28	2 967,19	3 060,56	3 131,35	3 190,86	3 297,56	3 320,14	3 406,32	3 492,50	3 524,31	3 579,71	3 638,20	3 665,90	3 752,08
A 12	3 013,36	3 088,26	3 167,26	3 209,33	3 322,19	3 406,32	3 476,09	3 602,29	3 631,01	3 733,61	3 837,24	3 873,15	3 939,84	4 008,58	4 043,47	4 146,07
A 13	3 390,93	3 611,52	3 725,41	3 741,82	3 891,62	3 925,48	4 058,86	4 109,13	4 169,66	4 236,35	4 281,50	4 363,58	4 392,31	4 490,80	4 504,14	4 614,95
A 14	3 529,44	3 802,36	3 962,41	3 983,96	4 178,90	4 223,02	4 395,38	4 460,02	4 539,02	4 623,16	4 683,69	4 788,34	4 827,33	4 951,48	4 972,00	5 116,66
A 15	4 595,45	4 664,20		4 808,86	4 833,49	4 972,00	5 023,30	5 136,16	5 213,11	5 299,29	5 403,94	5 461,40	5 593,75	5 623,51		5 784,59
A 16	5 074,60	5 150,52		5 323,91	5 350,59	5 511,67	5 570,15	5 700,46	5 790,74	5 887,19	6 010,31	6 077,00	6 230,90	6 264,76		6 450,46

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Drittes Gesetz
zur Änderung des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes*)**

Vom 20. November 2013

Artikel 1

Das Hessische Brand- und Katastrophenschutzgesetz in der Fassung vom 3. Dezember 2010 (GVBl. I S. 502), geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218), wird wie folgt geändert:

1. In der Übersicht wird nach der Angabe zu § 34 folgende Angabe eingefügt:
„§ 34a Warnung der Bevölkerung“.
2. In § 3 Abs. 1 Nr. 5 werden die Wörter „und Brandmeldeanlagen“ gestrichen und es wird nach dem Wort „einzurichten“ das Komma durch das Wort „und“ ersetzt.
3. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 werden nach den Wörtern „Allgemeinen Hilfe“ ein Komma und die Wörter „einschließlich der Warnung der Bevölkerung,“ eingefügt.
 - b) In Nr. 6 werden nach dem Wort „Rettungsdienst“ die Wörter „einschließlich einer Brandmeldeempfangszentrale zur Aufschaltung von Brandmeldeanlagen“ und nach dem Wort „betreiben“ ein Semikolon und die Angabe „zur Warnung der Bevölkerung im Katastrophenfall können sie sich der Warnmöglichkeiten nach § 34a bedienen“ eingefügt.
4. In § 5 Abs. 1 Nr. 10 werden nach dem Wort „einzurichten“ die Wörter „und zu unterhalten“ eingefügt.
5. In § 7 Abs. 1 wird die Angabe „21. März 2005 (GVBl. I S. 229)“ durch „13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622)“ ersetzt.
6. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 2 Satz 7 werden die Wörter „Gemeindefeuerwehr ihres ersten Wohnsitzes übernehmen“ durch „Feuerwehr derjenigen Gemeinde übernehmen, in der sich ihre Hauptwohnung befindet“ ersetzt.
 - b) In Abs. 6 Satz 3 werden nach der Angabe „(GVBl. I S. 671)“ ein Komma und die Angabe „geändert durch Gesetz vom 25. November 2010 (GVBl. I S. 410),“ eingefügt.
7. In § 13 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Vertreterinnen“ das Wort „oder“ durch „und“ ersetzt.
8. § 15 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „vom 18. Juni 2002 (GVBl. I S. 274), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. September 2007 (GVBl. I S. 548)“ durch „in der Fassung vom 15. Januar 2011 (GVBl. I S. 46, 180), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622) und Gesetz vom 21. November 2012 (GVBl. S. 444)“ ersetzt.
 - b) In Abs. 5 wird die Angabe „23. November 2007 (BGBl. I S. 2631)“ durch „10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3813)“ ersetzt.
 - c) Abs. 6 erhält folgende Fassung:
„(6) Die Feuerstättenschau nach § 14 Abs. 1 Satz 2 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes vom 26. November 2008 (BGBl. I S. 2242), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2467), bleibt hiervon unberührt.“
9. In § 21 Abs. 1 Satz 4 wird die Angabe „vom 4. Juli 1966 (GVBl. I S. 151), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 217)“ durch „in der Fassung vom 12. Dezember 2008 (GVBl. 2009 I S. 2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2012 (GVBl. S. 430)“ ersetzt.
10. § 25 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:
„1. die Landrätin oder der Landrat in den Landkreisen und die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten (untere Katastrophenschutzbehörde),“
 - b) Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
„(3) Die Landrätin oder der Landrat in den Landkreisen, die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten und die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister in den kreisangehörigen Gemeinden nach Abs. 2 nimmt die Aufgabe des Katastrophenschutzes als Auftragsangelegenheit wahr.“
11. In § 26 Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „Hilfsorganisationen“ durch die An-

*) Ändert FFN 312-12

- gabe „Organisationen im Sinne des § 19 Abs. 3“ ersetzt.
12. § 27 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 2 wird nach dem Wort „THW-Helferrechtsgesetz“ die Angabe „vom 22. Januar 1990 (BGBl. I S. 118), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1514),“ eingefügt.
 - b) In Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „2. April 2009 (BGBl. I S. 693)“ durch „29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2350)“ ersetzt.
13. In § 30 Satz 2 wird nach dem Wort „Vertreterinnen“ das Wort „oder“ durch „und“ ersetzt.
14. In § 32 Satz 2 wird die Angabe „Hessischen Krankenhausgesetzes 2002 vom 6. November 2002 (GVBl. I S. 662), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. November 2008 (GVBl. I S. 986)“ durch „Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 vom 21. Dezember 2010 (GVBl. I S. 587), geändert durch Gesetz vom 15. September 2011 (GVBl. I S. 425)“ ersetzt.
15. Nach § 34 wird als § 34a eingefügt:
- „ § 34a
Warnung der Bevölkerung
- Die nach § 3 Abs. 1 Nr. 5 oder § 4 Abs. 1 Nr. 6 zuständigen Behörden sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Brandschutz, in der Allgemeinen Hilfe und im Katastrophenschutz befugt, zur Warnung der Personen, die sich zu diesem Zwecke haben registrieren lassen, Mitteilungen an Mobilfunkendgeräte zu übermitteln. Diese Warnmitteilungen können auch Verhaltensempfehlungen enthalten.“
16. In § 36 Abs. 4 wird die Angabe „§ 6 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes 1998 vom 24. November 1998 (GVBl. I S. 499)“ durch „§ 7 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes vom 16. Dezember 2010 (GVBl. I S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622),“ ersetzt.
17. In § 40 Abs. 2 wird nach dem Wort „Einheiten“ das Wort „oder“ durch „und“ ersetzt.
18. § 41 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Wird neben der Freiwilligen Feuerwehr oder der Pflichtfeuerwehr eine Berufsfeuerwehr eingesetzt,
- so bilden die Einsatzleiterinnen und die Einsatzleiter der eingesetzten Feuerwehren eine gemeinsame technische Einsatzleitung, die unter der Leitung der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters des Schadensortes steht.“
- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „Leitung“ durch die Wörter „Einsatzleiterin oder dem Einsatzleiter“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „die Leitung“ durch „die Einsatzleiterin oder der Einsatzleiter“ ersetzt.
 - c) In Abs. 3 Satz 1 wird die Angabe „17. März 2009 (BGBl. I S. 550)“ durch „7. August 2013 (BGBl. I S. 3154)“ ersetzt.
19. § 43 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 3 Satz 3 wird wie folgt gefasst:
„Die Leitung dieses Führungsstabs obliegt im Fall des § 20 Abs. 1 Nr. 1 der Leitung der jeweiligen Gemeindefeuerwehr, im Fall des § 20 Abs. 1 Nr. 2 der Kreisbrandinspektorin oder dem Kreisbrandinspektor.“
 - b) In Abs. 4 Satz 2 wird das Wort „oder“ durch „und“ ersetzt.
20. § 45 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) Die Wörter „Menschen, Tiere“ werden durch „Menschen oder Tieren, die natürlichen Lebensgrundlagen“ ersetzt.
 - b) In Nr. 4 werden nach dem Wort „Brandschutz,“ die Wörter „die Allgemeine Hilfe,“ eingefügt.
21. In § 47 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 wird das Wort „oder“ durch „und“ ersetzt.
22. § 48 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) Nach der Angabe „(BGBl. I S. 1599),“ wird die Angabe „zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. August 2013 (BGBl. I S. 3230),“ eingefügt und wird nach dem Wort „Richtlinie“ die Angabe „96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. EG Nr. L 10 1997 S. 13), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. EU Nr. L 311 S. 1)“ durch „2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung

- und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates (ABl. EU Nr. L 197 S. 1)“ ersetzt.
- b) In Nr. 1 wird nach dem Wort „Menschen,“ das Wort „Tiere,“ eingefügt.
- c) Nr. 2 wird wie folgt gefasst:
 „2. Maßnahmen zum Schutz von Menschen, Tieren, natürlichen Lebensgrundlagen und Sachen vor den Folgen schwerer Unfälle einzuleiten,“.
23. In § 50 Abs. 1 Satz 3 wird nach dem Wort „Ordnung“ die Angabe „in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 444),“ eingefügt.
24. In § 54 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 5“ durch „§ 6“ ersetzt.
25. § 55 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 werden nach der Angabe „(GVBl. I S. 98)“ ein Komma und die Angabe „geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2011 (GVBl. I S. 208),“ eingefügt.
- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „oder“ durch „sowie“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 Nr. 7 und 10 wird jeweils das Wort „und“ durch „oder“ ersetzt.
26. In § 58 Abs. 2 wird die Angabe „15. November 2007 (GVBl. I S. 757)“ durch „27. Mai 2013 (GVBl. S. 218)“ und die Angabe „21. Juli 2006 (GVBl. I S. 394)“ durch „16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786)“ ersetzt.
27. In § 60 Abs. 3 Satz 2 wird vor dem Wort „Ausbildungsveranstaltungen“ das Wort „sonstigen“ eingefügt.
28. § 61 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 2 Nr. 3 wird die Angabe „in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. November 2008 (GVBl. I S. 970),“ gestrichen.
- b) Abs. 5 Satz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Angabe „§ 10 Abs. 2 Satz 1 und 2“ wird durch „§ 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2 und 3“ ersetzt.
- bb) Die Angabe „vom 17. März 1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54),“ wird durch „in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBl. S. 134)“ ersetzt.
29. In § 63 Satz 1 wird die Angabe „22. September 2005 (BGBl. I S. 2809)“ durch „26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1809)“ ersetzt.
30. In § 65 Abs. 3 Satz 1 wird die Angabe „7. August 2007 (BGBl. I S. 1786)“ durch „10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786)“ ersetzt.
31. § 69 wird wie folgt geändert:
- a) Als neue Nr. 5 wird eingefügt:
 „5. die Bestimmung der Stelle, die befugt ist, personenbezogene Daten der Personen zu erheben und zu speichern, die sich zum Zwecke der Warnung haben registrieren lassen (§ 34a),“.
- b) Die bisherigen Nr. 5 und 6 werden Nr. 6 und 7.

Artikel 2

Die für den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, das Hessische Brand- und Katastrophenschutzgesetz in der sich aus Art. 1 dieses Gesetzes ergebenden Fassung mit neuem Datum bekannt zu machen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet

Wiesbaden, den 20. November 2013

Der Hessische Ministerpräsident
 Bouffier

Der Hessische Minister
 des Innern und für Sport
 Rhein

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Zweites Gesetz
zur Änderung des Hessischen Gesetzes zur Ausführung
des Transplantationsgesetzes*)**

Vom 20. November 2013

Artikel 1

Das Hessische Gesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes vom 29. November 2000 (GVBl. I S. 514), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird die Angabe „geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2009 (BGBl. I S. 1990)“ durch „zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2423)“ ersetzt und wird nach dem Wort „sind“ die Angabe „neben den in § 2 Abs. 1 Satz 1 des Transplantationsgesetzes benannten Stellen“ eingefügt.
- b) In Satz 2 werden die Wörter „privaten Krankenkassen,“ gestrichen.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird aufgehoben.
 - bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„In Entnahmekrankenhäusern nach § 9a Abs. 1 des Transplantationsgesetzes ab 500 Betten sind mindestens zwei Transplantationsbeauftragte nach § 9b Abs. 1 des Transplantationsgesetzes zu bestellen.“
 - cc) Folgender Satz wird angefügt:

„Sind in einem Entnahmekrankenhaus mehrere Transplantationsbeauftragte bestellt, so ist eine oder einer von ihnen als hauptverantwortliche Transplantationsbeauftragte oder als hauptverantwortlicher Transplantationsbeauftragter zu benennen.“
- b) Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Als Transplantationsbeauftragte oder Transplantationsbeauftragter kann bestellt werden, wer eine für diese Tätigkeit geeignete Facharztqualifikation sowie die Teilnahme an einer Fortbildung im Umfang von mindestens 40 Stunden gemäß ‚Curriculum Organspende‘ der Bundesärztekammer nachweist. Eine geeignete Facharztqualifikation liegt vor, wenn ei-

ne Facharztweiterbildung in einem Fachgebiet mit einer nach der jeweils geltenden Weiterbildungsordnung vorgeschriebenen mindestens sechsmonatigen Weiterbildung in Intensivmedizin oder eine über die Facharztqualifikation hinausgehende mindestens sechsmonatige intensivmedizinische Tätigkeit nachgewiesen wird. Transplantationsbeauftragte werden mindestens in der Funktion einer Oberärztin oder eines Oberarztes bestellt. Das Entnahmekrankenhaus soll sicherstellen, dass eine Transplantationsbeauftragte oder ein Transplantationsbeauftragter für den Fall einer möglichen Organspende erreichbar ist. Die Transplantationsbeauftragten sind bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht an Weisungen gebunden und haben uneingeschränktes Zugangsrecht zur Intensivstation.“

c) Als neue Abs. 3 und 4 werden eingefügt:

„(3) Das Entnahmekrankenhaus bestellt die Transplantationsbeauftragten und benennt diese dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium jährlich zum 1. März sowie bei jeder Änderung. Das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium übermittelt die Namen der gemeldeten Transplantationsbeauftragten der Landesärztekammer und der Deutschen Stiftung Organtransplantation.“

(4) Die Transplantationsbeauftragten können die ärztliche Leitung jederzeit unterrichten. Sie berichten dieser monatlich mittels Erhebungsbogen oder elektronisch über die Entwicklung der Organspende im Krankenhaus. Die ärztliche Leitung hat sicherzustellen, dass die für Hessen zuständige Organisationszentrale der Deutschen Stiftung Organtransplantation unverzüglich unterrichtet wird, wenn bei Patientinnen oder Patienten der Hirntod festgestellt wurde und diese nach ärztlicher Beurteilung für eine Organspende in Betracht kommen. Die Leitung der Einrichtung stellt sicher, dass der Erhebungsbogen oder die elektronische Meldung monatlich der Deutschen Stiftung Organtransplantation übermittelt wird.“

d) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 5 und Satz 2 wird wie folgt geändert:

*) Ändert FFN 350-87

- aa) Nr. 1 wird wie folgt geändert:
- aaa) Nach dem Wort „Erarbeitung“ werden die Wörter „und Umsetzung“ eingefügt.
- bbb) In Buchst. d werden die Wörter „der Patientin oder des Patienten“ durch „des möglichen Organ- oder Gewebespenders“ ersetzt.
- bb) Als neue Nr. 2 wird eingefügt:
- „2. das Führen orientierender Gespräche, damit bei allen Patientinnen und Patienten mit schwerer akuter primärer oder sekundärer Hirnschädigung und mit Verdacht auf Hirntod eine Beurteilung erfolgt, ob diese als mögliche Organ- oder Gewebespende in Betracht kommen,“
- cc) Die bisherige Nr. 2 wird Nr. 3 und wie folgt gefasst:
- „3. im Rahmen der Qualitätssicherung die monatliche Dokumentation von Todesfällen auf der Intensivstation bei primärer und sekundärer Hirnschädigung.“
- e) Der bisherige Abs. 4 wird Abs. 6 und wie folgt gefasst:
- „(6) Bei der Erarbeitung der Handlungsanweisungen nach Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 werden die Transplantationsbeauftragten von den Koordinatorinnen und Koordinatoren der Deutschen Stiftung Organtransplantation unterstützt; die ärztliche Leitung des Entnahmekrankenhauses erklärt die Handlungsanweisungen nach Beteiligung der ärztlichen Leitung der Intensivstation für verbindlich. Sollte für die Gespräche nach Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 eine Transplantationsbeauftragte oder ein Transplantationsbeauftragter nicht zur Verfügung stehen, kann ein solches Gespräch auch mit einer Koordinatorin oder einem Koordinator der Deutschen Stiftung Organtransplantation geführt werden. Für die Dokumentation von Todesfällen nach Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 stellen die Transplantationsbeauftragten der für Hessen zuständigen Organisationszentrale der Deutschen Stiftung Organtransplantation monatliche Erhebungsbögen in anonymisierter Form zur Analyse und retrograden Erfassung von Patientinnen und Patienten zur Verfügung, bei denen eine Organspende in Betracht kommt. Im Falle des Todes bei primärer oder sekundärer Hirnschädigung vor Eintritt des Herz- und Kreislaufversagens sollen insbesondere die Gründe für eine nicht erfolgte Hirntoddiagnostik, eine nicht erfolgte Meldung an die Koordinierungsstelle und andere der Organentnahme entgegenstehende Gründe erfasst werden. Die Deutsche Stiftung Organtransplantation berichtet monatlich dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium über die Beteiligung der Entnahmekrankenhäuser und die Ergebnisse dieser Erhebung. Die Entnahmekrankenhäuser und Transplantationszentren erhalten von der Deutschen Stiftung Organtransplantation vierteljährlich eine anonymisierte Rückmeldung, wie sich ihre Spenderzahlen im Vergleich zu den Spenderzahlen anderer Entnahmekrankenhäuser und Transplantationszentren bundesweit entwickeln.“
- f) Der bisherige Abs. 5 wird Abs. 7 und folgender Satz angefügt:
- „Die für das Gesundheitswesen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Regelungen zum Umfang einer regelmäßigen Fortbildung und der notwendigen Freistellung zu treffen.“
- g) Als Abs. 8 wird eingefügt:
- „(8) Die ärztliche Leitung des Entnahmekrankenhauses erstellt in Zusammenarbeit mit der oder dem Transplantationsbeauftragten jährlich einen Bericht über die Entwicklung der Organspende und den Stand der Umsetzung der in Abs. 5 genannten Tätigkeiten der oder des Transplantationsbeauftragten und übermittelt diesen bis zum 31. März des Folgejahres an das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium.“
- h) Der bisherige Abs. 6 wird Abs. 9 und wie folgt gefasst:
- „(9) In Entnahmekrankenhäusern mit mindestens einer oder einem Transplantationsbeauftragten können die Aufgaben von Transplantationsbeauftragten teilweise auch auf Gesundheits- und Krankenpflegerinnen oder -pfleger mit langjähriger Erfahrung und mit Leitungsfunktion in der Intensivpflege übertragen werden. Die oder der Transplantationsbeauftragte oder die oder der hauptverantwortliche Transplantationsbeauftragte stellt sicher, dass die Aufgaben nur Personen übertragen werden, die über langjährige Erfahrung und Leitungsfunktion in der Intensivpflege verfügen und an einer Fortbildung im Umfang von mindestens 40 Stunden gemäß ‚Curriculum Organspende‘ der Bundesärztekammer teilgenommen haben. Abs. 3 gilt entsprechend.“
- i) Der bisherige Abs. 7 wird Abs. 10 und in Satz 1 wird das Wort „Krankenhauses“ durch „Entnahmekrankenhauses“ ersetzt.

3. Nach § 4 werden als neue §§ 5 und 6 eingefügt:

„§ 5

Transplantationszentren

Die ärztliche Leitung des Transplantationszentrums berichtet dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium einmal jährlich anonymisiert über die Zahl der im vorausgegangenen Jahr durchgeführten Transplantationen sowie die Zahl der in der Nachsorge befindlichen Patientinnen und Patienten der letzten fünf Jahre.

§ 6

Übergangsvorschrift

Vor dem 3. Dezember 2013 bestellte Transplantationsbeauftragte, die die Voraussetzungen nach § 4 Abs. 2 Satz 1 und 2 nicht erfüllen, haben das Vorliegen dieser bis spätestens 2. Dezember 2016 nachzuweisen.“

4. Der bisherige § 5 wird § 7.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 20. November 2013

Der Hessische Ministerpräsident

Bouffier

Der Hessische Sozialminister

Grüttner

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (Patientenmobilitätsgesetz)*¹⁾**

Vom 20. November 2013

§ 1

Anwendungsbereich

Dieses Gesetz gilt für jegliche Gesundheitsversorgung in Hessen von Patientinnen und Patienten, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Drittstaates, dem die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Anspruch auf Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung eingeräumt hat, sind, unabhängig davon, wie diese organisiert, erbracht oder finanziert wird. Es gilt nicht für

1. Dienstleistungen im Bereich der Langzeitpflege, deren Ziel darin besteht, Personen zu unterstützen, die auf Hilfe bei routinemäßigen, alltäglichen Verrichtungen angewiesen sind,
2. die Zuteilung von und den Zugang zu Organen zum Zweck der Organtransplantation,
3. öffentliche Impfprogramme gegen Infektionskrankheiten, die ausschließlich dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates dienen und die mit gezielten Planungs- und Durchführungsmaßnahmen verbunden sind; Kapitel IV der Richtlinie 2011/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (ABl. EU Nr. L 88 S. 45) bleibt hiervon unberührt.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Gesundheitsversorgung im Sinne dieses Gesetzes sind die Gesundheitsdienstleistungen, die von Angehörigen der Gesundheitsberufe gegenüber Patientinnen und Patienten erbracht werden, um deren Gesundheitszustand zu beurteilen, zu erhalten oder wiederherzustellen, einschließlich der Verschreibung, Abgabe und Bereitstellung von Arzneimitteln und Medizinprodukten.

(2) Gesundheitsdienstleisterinnen und Gesundheitsdienstleister im Sinne dieses Gesetzes sind alle natürlichen oder juristischen Personen oder sonstigen Einrichtungen, die rechtmäßig auf Basis einer Berufserlaubnis Gesundheitsdienstleistungen im Sinne von Abs. 1 entweder

persönlich oder durch bei ihnen beschäftigte Personen gegenüber Patientinnen und Patienten anbieten.

§ 3

Informationspflichten

Gesundheitsdienstleisterinnen und Gesundheitsdienstleister haben einschlägige Informationen bereitzustellen, um den jeweiligen Patientinnen und Patienten zu helfen, eine sachkundige Entscheidung zu treffen. Dies gilt auch in Bezug auf Verfügbarkeit, Qualität und Sicherheit ihrer angebotenen Gesundheitsversorgung. Sie sind ferner verpflichtet, nachvollziehbare Rechnungen und vollständige Preisinformationen sowie Informationen über ihren Zulassungs- oder Registrierungsstatus, ihren Versicherungsschutz oder andere Formen des persönlichen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Haftpflicht nach § 4 bereitzustellen.

§ 4

Haftpflichtversicherung

Gesundheitsdienstleisterinnen und Gesundheitsdienstleister, die Gesundheitsversorgung nach § 630a Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zusagen, bedürfen einer Haftpflichtversicherung, einer Garantie oder ähnlichen Regelung, die im Hinblick auf ihren Zweck gleichwertig oder im Wesentlichen vergleichbar und nach Art und Umfang dem Risiko angemessen ist. Nicht selbstständig beschäftigte Gesundheitsdienstleisterinnen und Gesundheitsdienstleister, die Behandlungen durchführen, sind von der Verpflichtung nach Satz 1 befreit.

§ 5

Zuständigkeit für Informationsbereitstellung

(1) Die Bereitstellung der Informationen nach Art. 10 Abs. 4 der Richtlinie 2011/24/EU im Binnenmarktinformationssystem sowie der Informationen nach Art. 6 Abs. 3 der Richtlinie 2011/24/EU für die nationale Kontaktstelle für grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung obliegt bezüglich der Heilberufe dem Hessischen Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen und bezüglich der Gesundheitsfachberufe dem Regierungspräsidium Darmstadt.

(2) Die Bereitstellung der Informationen hat im Einklang mit den Kapiteln II und III der Richtlinie 2011/24/EU und den nationalen Maßnahmen zur Umsetzung des Rechts der Europäischen Union über den Schutz personenbezogener Daten,

^{*)} FFN 351-90

¹⁾ Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (ABl. EU Nr. L 88 S. 45).

insbesondere der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. EG Nr. L 281 S. 31), geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. EG Nr. L 284 S. 1), und der Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der

elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. EG Nr. L 201 S. 37), zuletzt geändert durch Richtlinie 2009/136/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 (ABl. EU Nr. L 337 S. 11), sowie dem Grundsatz der Unschuldsvermutung zu erfolgen.

§ 6

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 20. November 2013

Der Hessische Ministerpräsident

Bouffier

Der Hessische Sozialminister

Grüttner

**Zehnte Verordnung
zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung
befristeter Rechtsvorschriften**

Vom 12. November 2013

Artikel 1¹⁾

**Änderung der Verordnung zur
Bestimmung der zuständigen Behörde in
Vaterschaftsanfechtungsverfahren zur
Vermeidung unberechtigter
Aufenthaltstitel**

Aufgrund des § 1600 Abs. 6 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Fassung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909, 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719), verordnet die Landesregierung:

Die Verordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörde in Vaterschaftsanfechtungsverfahren zur Vermeidung unberechtigter Aufenthaltstitel vom 11. Juni 2008 (GVBl. I S. 766) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Angabe „§ 1600e Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs“ durch „§ 169 Nr. 4 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786),“ ersetzt.
2. § 2 Satz 2 wird aufgehoben.

Artikel 2²⁾

**Änderung der
Gefahrenabwehrverordnung über das
Halten und Führen von Hunden**

Aufgrund

1. des § 89 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 444),
2. des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786),

verordnet die Landesregierung,

3. des § 72 Abs. 1 in Verbindung mit § 71a Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung

verordnet der Minister des Innern und für Sport:

Die Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden vom

22. Januar 2003 (GVBl. I S. 54), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Oktober 2010 (GVBl. I S. 328), wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 1 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:
„3. wegen einer Straftat gegen

- a) das Tierschutzgesetz in der Fassung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154),
- b) das Waffengesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4592, 2003 I S. 1957), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154),
- c) das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen in der Fassung vom 22. November 1990 (BGBl. I S. 2506), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482),
- d) das Sprengstoffgesetz in der Fassung vom 10. September 2002 (BGBl. I S. 3518), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154),
- e) das Bundesjagdgesetz in der Fassung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Mai 2013 (BGBl. I S. 1386), oder
- f) das Betäubungsmittelgesetz in der Fassung vom 1. März 1994 (BGBl. I S. 358), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154),

rechtskräftig verurteilt worden ist und wenn seit dem Eintritt der Rechtskraft der letzten Verurteilung fünf Jahre noch nicht vergangen sind; in die Frist wird nicht die Zeit eingerechnet, die die Antragstellerin oder der Antragsteller auf behördliche Anordnung wegen einer Straftat nach Buchst. a bis f in einer Anstalt verbracht hat.“

2. In § 19 Satz 2 wird die Angabe „Nr. 10“ durch „Nr. 9“ ersetzt.
3. In § 20 Satz 2 wird die Angabe „2013“ durch „2021“ ersetzt.

Artikel 3³⁾

**Änderung der Arbeitszeit-
guthaben-Ausgleichsverordnung**

Aufgrund des § 48 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fas-

¹⁾ Ändert FFN 236-3

²⁾ Ändert FFN 310-94

³⁾ Ändert FFN 323-128

sung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung verordnet die Landesregierung:

Die Arbeitszeitguthaben-Ausgleichsverordnung vom 8. Februar 2000 (GVBl. I S. 101), geändert durch Verordnung vom 14. April 2003 (GVBl. I S. 119), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 werden nach der Angabe „(GVBl. 2003 I S. 2)“ ein Komma und die Angabe „zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. September 2012 (GVBl. S. 299),“ eingefügt.
 - b) Die Nr. 2 und 3 werden aufgehoben.
 - c) Die bisherige Nr. 4 wird Nr. 2.
2. § 3 Abs. 2 Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Die Höhe der Ausgleichszahlung bestimmt sich bei vollzeitbeschäftigten beamteten Lehrkräften nach den im Zeitpunkt des Entstehens des Anspruchs geltenden Sätzen der Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte. Teilzeitbeschäftigte beamtete Lehrkräfte erhalten für jede bis zur Grenze der Vollzeitbeschäftigung geleistete Unterrichtsstunde nach § 1 anteilige Besoldung in Höhe des auf eine Stunde entfallenden Anteils der Besoldung von entsprechend vollzeitbeschäftigten beamteten Lehrkräften. Zur Ermittlung der auf eine Stunde entfallenden anteiligen Besoldung ist der Monatsbetrag der Besoldung bei Vollzeitbeschäftigung durch das 4,348-fache der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit der entsprechend vollzeitbeschäftigten beamteten Lehrkräfte zu teilen. Dienstbezüge und sonstige Bezüge, die nicht der anteiligen Kürzung nach § 6 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung unterliegen, bleiben bei der Ermittlung nach Satz 3 unberücksichtigt.“
3. In § 4 Satz 2 wird die Angabe „2013“ durch „2015“ ersetzt.

Artikel 4⁴⁾

Weitere Änderung der Arbeitszeitguthaben-Ausgleichsverordnung zum 1. März 2014

Aufgrund des § 48 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung verordnet die Landesregierung:

In § 3 Abs. 2 Satz 4 der Arbeitszeitguthaben-Ausgleichsverordnung vom 8. Februar 2000 (GVBl. I S. 101), zuletzt geändert durch Art. 3, wird die Angabe „Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August geltenden Fassung“ durch „Hessischen Besoldungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508)“ ersetzt.

Artikel 5⁵⁾

Änderung der Verordnung zur Bestimmung der für die Kostenerstattung nach § 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen zuständigen Stelle

Aufgrund des § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622), in Verbindung mit § 22 Satz 2 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes vom 27. Juli 1992 (BGBl. I S. 1398), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3458), verordnet die Landesregierung:

Die Verordnung zur Bestimmung der für die Kostenerstattung nach § 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen zuständigen Stelle vom 20. Dezember 1995 (GVBl. I S. 568), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. November 2008 (GVBl. I S. 933), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird die Angabe „§ 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen“ durch „§ 22 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes“ ersetzt.
2. In § 1 wird die Angabe „§ 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen vom 21. August 1995 (BGBl. I S. 1050, 1054), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407),“ durch „§ 22 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes“ ersetzt.
3. § 2 Satz 2 wird aufgehoben.

Artikel 6⁶⁾

Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Personenbeförderungsgesetz

Aufgrund des § 3 Abs. 2 Satz 2, der §§ 10, 11 Abs. 1 und 3 Satz 2 und 4, des § 29 Abs. 3, auch in Verbindung mit § 41 Abs. 1, § 31 Abs. 5, auch in Verbindung mit § 41 Abs. 2, § 47 Abs. 3 Satz 2, § 51 Abs. 1 Satz 3, § 52 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 3, § 53 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 und § 54 Abs. 1 Satz 2 und 3 des Personenbeförderungsgesetzes in der Fassung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), verordnet die Landesregierung:

§ 3 Satz 2 der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Personenbeförderungsgesetz vom 10. Oktober 1997 (GVBl. I S. 370), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. November 2010 (GVBl. I S. 450), wird aufgehoben.

⁴⁾ Ändert FFN 323-128

⁵⁾ Ändert FFN 34-35

⁶⁾ Ändert FFN 61-47

Artikel 7¹⁾**Änderung der
Gefahrenabwehrverordnung für Häfen**

Aufgrund

1. des § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622),
2. des § 89 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 444),
3. des § 72 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung,
4. des § 1 des Gesetzes zum Erlass von Rechtsverordnungen über Binnenschiffahrtinformationsdienste vom 19. November 2007 (GVBl. I S. 792, 797), geändert durch Gesetz vom 27. September 2012 (GVBl. S. 290),

verordnet die Landesregierung, soweit die Zuständigkeiten zwischen den Verwaltungsstufen nach § 89 Abs. 3 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung bestimmt werden, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und für Sport,

3. des § 72 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung,
 4. des § 1 des Gesetzes zum Erlass von Rechtsverordnungen über Binnenschiffahrtinformationsdienste vom 19. November 2007 (GVBl. I S. 792, 797), geändert durch Gesetz vom 27. September 2012 (GVBl. S. 290),
- verordnet der Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, soweit nach § 72 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung eine Gefahrenabwehrverordnung erlassen wird, im Benehmen mit dem Minister des Innern und für Sport:

Die Gefahrenabwehrverordnung für Häfen vom 19. Dezember 2008 (GVBl. I S. 1031), geändert durch Verordnung vom 5. September 2009 (GVBl. I S. 383), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nr. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Buchst. a wird die Angabe „31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407)“ durch „21. Juni 2012 (BGBl. II S. 618)“ ersetzt.
 - bb) Die Buchst. b und c werden wie folgt gefasst:
 - „b) die Binnenschiffsuntersuchungseinführungsverordnung vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2868, 2010 I S. 380),
 - c) die Rheinschiffspersonaleinführungsverordnung vom 16. Dezember 2011 (BGBl. II S. 1300), geändert durch Verordnung vom 21. Juni 2012 (BGBl. II S. 618),“

- b) Nr. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Buchst. a wird die Angabe „8. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3148, 3317), geändert durch Verordnung vom 28. Februar 2001 (BGBl. I S. 335)“ durch „16. Dezember 2011 (BGBl. 2012 I S. 2, 1717), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2802)“ ersetzt.
 - bb) Buchst. b wird wie folgt gefasst:
 - „b) die Binnenschiffsuntersuchungsordnung vom 6. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2450), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2802),“
 - cc) In Buchst. c wird die Angabe „31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407)“ durch „20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2802)“ ersetzt.
 - dd) In Buchst. d wird die Angabe „geändert durch Verordnung vom 20. Januar 2006 (BGBl. I S. 220)“ durch „zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Dezember 2011 (BGBl. 2012 I S. 2)“ ersetzt.

- c) Nr. 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Buchst. a wird wie folgt gefasst:
 - „a) die Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschiffahrt in der Fassung vom 22. Januar 2013 (BGBl. I S. 110),“
 - bb) In Buchst. b wird die Angabe „Verordnung vom 20. Januar 2006 (BGBl. I S. 220)“ durch „Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154)“ ersetzt.
 - cc) In Buchst. c wird die Angabe „Gesetz vom 19. September 2006 (BGBl. I S. 2146)“ durch „Verordnung vom 2. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2102)“ ersetzt.

2. In § 9 Abs. 2 wird die Angabe „26. September 2002 (BGBl. I S. 3831), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2470)“ durch „17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), geändert durch Gesetz vom 2. Juli 2013 (BGBl. I S. 1943)“ ersetzt.
3. In § 11 Satz 2 wird die Angabe „vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1254), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2130), und die Meldepflicht nach § 47 Abs. 4 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Mai 2005 (GVBl. I S. 305), geändert

¹⁾ Ändert FFN 63-9

- durch Gesetz vom 19. November 2007 (GVBl. I S. 792)“ durch „und die Meldepflicht nach § 41 Abs. 2 des Hessischen Wassergesetzes vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I S. 548), geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622)“ ersetzt.
4. In § 12 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 47 Abs. 4“ durch „§ 41 Abs. 2“ ersetzt.
 5. In § 14 Abs. 2 und § 16 Abs. 1 wird jeweils die Angabe „Binnenschifffahrt und dem ADNR“ durch die Wörter „Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt“ ersetzt.
 6. In § 26 Abs. 2 wird die Angabe „Anhang 4 Abs. 6 der Technischen Regeln für brennbare Flüssigkeiten (TRbF 30) vom 10. Januar 2002 (BArbBl. 2/2002 S. 66), zuletzt geändert am 15. Mai 2002 (BArbBl. 6/2002 S. 68)“ durch „§ 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 der Gefahrstoffverordnung vom 26. November 2010 (BGBl. I S. 1643, 1644), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2514)“ ersetzt.
 7. In § 27 Abs. 4 wird die Angabe „Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juli 2007 (BGBl. I S. 1462), und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz in der Fassung vom 20. Juli 2004 (GVBl. I S. 252), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Dezember 2006 (GVBl. I S. 619),“ durch „Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324), und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 6. März 2013 (GVBl. S. 80)“ ersetzt.
 8. In § 33 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Gefahrgutverordnung“ die Wörter „Straße, Eisenbahn und“ eingefügt.
 9. In § 35 Abs. 2 wird die Angabe „ADNR“ durch „des in Genf am 26. Mai 2000 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenstraßen (ADN) (BGBl. 2007 II S. 1906, 1908), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Dezember 2012 (BGBl. II S. 1386),“ ersetzt.
 10. In § 37 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „ADNR“ durch „des ADN“ ersetzt.
 11. In § 39 Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „Verordnung vom 6. März 2007 (BGBl. I S. 261)“ durch „Gesetz vom 8. November 2011 (BGBl. I S. 2178)“ ersetzt.
 12. In § 40 Abs. 1 und § 41 Abs. 1 Satz 1 werden jeweils nach dem Wort „Gefahrgutverordnung“ die Wörter „Straße, Eisenbahn und“ eingefügt.
 13. In § 42 Abs. 1 Satz 2 werden nach der Angabe „(ABl. EU Nr. L 255 S. 152, Nr. L 344 S. 52)“ ein Komma und die Angabe „geändert durch Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. EU Nr. L 87 S. 109),“ eingefügt.
 14. § 43 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird nach der Angabe „2005/44/EG“ die Angabe „und in dem Anhang der Verordnung (EU) Nr. 164/2010 der Kommission vom 25. Januar 2010 zu den technischen Spezifikationen für elektronische Meldungen in der Binnenschifffahrt gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft (ABl. EU Nr. L 57 S. 1)“ eingefügt.
 - b) In Satz 2 wird nach der Angabe „2005/44/EG“ die Angabe „und in dem Anhang der Verordnung (EU) Nr. 164/2010“ eingefügt.
 15. In § 47 wird nach der Angabe „(GVBl. I S. 209)“ die Angabe „in der am 30. Dezember 2008 geltenden Fassung“ eingefügt.
 16. In § 48 Satz 2 wird die Angabe „2013“ durch „2015“ ersetzt.

Artikel 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Art. 4 am 1. März 2014 in Kraft.

Wiesbaden, den 12. November 2013

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Bouffier

Der Minister
der Justiz, für Integration
und Europa
Hahn

Der Minister
des Innern und für Sport
Rhein

Die Kultusministerin
Beer

Der Minister
für Wirtschaft, Verkehr und
Landesentwicklung
Rentsch

Der Sozialminister
Grüttner

**Verordnung
über die Vergütung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher
(Gerichtsvollzieher-Vergütungsverordnung – GVVergV)***

Vom 7. November 2013

Aufgrund

1. des § 52 Abs. 6 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508),
2. des § 49 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3022) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung in Verbindung mit § 5 Abs. 2 der Delegationsverordnung vom 12. Dezember 2007 (GVBl. I S. 859), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Dezember 2012 (GVBl. S. 562),

verordnet der Minister der Justiz, für Integration und Europa im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und für Sport:

§ 1

Der den Gerichtsvollzieherinnen oder Gerichtsvollziehern nach § 52 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes zustehende Gebührenanteil beträgt für die Kalenderjahre 2013 und 2014, vorbehaltlich einer rückwirkenden Anpassung im Falle einer Veränderung der maßgeblichen Bemessungsgrundlagen, 63 Prozent der für die Erledigung der Aufträge vereinnahmten Gebühren.

§ 2

(1) Die Gerichtsvollzieherinnen oder Gerichtsvollzieher haben auf Grundlage des § 1 ihre Gebührenanteile vorläufig zu berechnen und dürfen über diese und über die von ihnen vereinnahmten Dokumentenpauschalen nach Abführung der der Landeskasse zustehenden Gebührenanteile verfügen.

(2) Die Vergütung ist kalenderjährlich, spätestens bis zum 31. August des Folgejahres, endgültig festzusetzen. Ein sich gegenüber der vorläufigen Berechnung nach Abs. 1 ergebender Differenzbetrag ist an die Gerichtsvollzieherin oder den Gerichtsvollzieher auszuzahlen oder von dieser oder diesem zurückzufordern.

§ 3

(1) Die Vergütung gehört in Höhe von 10 Prozent des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe, die der Bemessung der Versorgungsbezüge der Gerichtsvollzieherin oder des Gerichtsvollziehers zugrunde liegt, zu den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen, wenn die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher mindestens zehn Jahre ausschließlich im Vollstreckungsaußendienst tätig gewesen ist und beim Eintritt des Versorgungsfalles

1. eine Vergütung

- a) nach dieser Verordnung bezieht oder
 - b) nach der Vollstreckungsvergütungsverordnung in der Fassung vom 6. Januar 2003 (BGBl. I S. 8) in der am 31. Dezember 2012 geltenden Fassung bezogen hat oder ohne Berücksichtigung einer vorangegangenen Dienstunfähigkeit bezogen hätte oder
2. vor Eintritt in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit für den Vollstreckungsaußendienst in eine andere Verwendung übernommen worden ist.

(2) Eine zehnjährige Tätigkeit im Vollstreckungsaußendienst gilt als erfüllt

1. in den Fällen der Abs. 1 Nr. 1, wenn die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher, deren oder dessen Beamtenverhältnis durch Eintritt in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit oder durch Tod geendet hat, bis zum Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze zehn Jahre ausschließlich im Vollstreckungsaußendienst hätte tätig sein können,
2. in den Fällen der Abs. 1 Nr. 2, wenn die andere Verwendung infolge Krankheit oder Beschädigung, die sich die Beamtin oder der Beamte ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung ihres oder seines Dienstes als Gerichtsvollzieherin oder Gerichtsvollzieher zugezogen hat, notwendig wird und die zehnjährige Tätigkeit ohne diese Krankheit oder Beschädigung hätte erfüllt werden können.

(3) In den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 muss die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher bei Altersteilzeit im Blockmodell nach § 85b Abs. 3 Nr. 2 des Hessischen Beamtengesetzes in der Fassung vom 11. Januar 1989 (GVBl. I S. 25) in der am 28. Februar 2014 geltenden Fassung vor Beginn der Freistellungsphase mindestens zehn Jahre ausschließlich im Vollstreckungsaußendienst tätig gewesen sein. In den Fällen des Abs. 1 Nr. 2 ist bei der Bemessung des ruhegehaltfähigen Teils der Vergütung höchstens das Endgrundgehalt des Spitzenamtes des Gerichtsvollzieherdienstes zugrunde zu legen.

§ 4

Zuständig für

1. die Festsetzungen nach § 2 Abs. 2
2. die Erstattungen nach § 52 Abs. 3 des Hessischen Besoldungsgesetzes und
3. die Festsetzungen nach § 52 Abs. 4 des Hessischen Besoldungsgesetzes

*) FFN 323-156

ist die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts.

§ 5

Die Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher vom 2. September 1998 (GVBl. I S. 383)¹⁾, zuletzt geändert

durch Verordnung vom 13. Dezember 2012 (GVBl. 2013 S. 3), wird aufgehoben.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2017 außer Kraft.

Wiesbaden, den 7. November 2013

Der Hessische Minister
der Justiz, für Integration und Europa

Hahn

¹⁾ Hebt auf FFN 323-123

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen

Sie brauchen Platz in Ihrem Archiv?

Wir erstellen Ihnen die Gesetz- und Verordnungsblätter
der Jahrgänge ab 1995 bis 2012 im PDF-Format auf
CD-ROM.

Preis pro CD

59,80 Euro



Bernecker Verlag

Ja, ich möchte das **Gesetz- und Verordnungsblatt** für das Land
Hessen auf CD-ROM bestellen

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift

Jahrgang 1995

Jahrgang 1997

Jahrgang 1999

Jahrgang 2001

Jahrgang 2003

Jahrgang 2005

Jahrgang 2007

Jahrgang 2009

Jahrgang 2011

Jahrgang 1996

Jahrgang 1998

Jahrgang 2000

Jahrgang 2002

Jahrgang 2004

Jahrgang 2006

Jahrgang 2008

Jahrgang 2010

Jahrgang 2012

Bestellung bitte an:

A. Bernecker Verlag, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen, Tel. (0 56 61) 7 31-4 65, Fax (0 56 61) 7 31-4 00

Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 7 31 4 00
ISDN: (0 56 61) 7 31 3 61, Internet: www.bernecker.de

Druck: Bernecker MediaWare AG
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 7 31 2 89

Vertrieb und Abonnementverwaltung:
A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1,
34212 Melsungen, Tel.: (0 56 61) 7 31-4 65, Fax: (0 56 61) 7 31-4 00
E-Mail: aboverwaltung@bernecker.de

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement.
Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember
müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorlie-
gen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen ent-
binden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträ-
gen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 61,01 EUR einschl.
MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang
von 16 Seiten EUR 3,83. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der
Preis um 3,06 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise
verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.
